AkademieAktuell

Zeitschrift der Bayerischen Akademie der Wissenschaften



BAYERN: Münchens Aufstieg zur Kunststadt
RECHTSWISSENSCHAFT: Die Zukunft der Ehe
IM GESPRÄCH: KI und Frauengesundheit

Heft 3.2026

BAdW

Social Media

Wie kommunizieren wir morgen?

BAdW



DREITEILIGE HÖRDOKU

SKINNY – KÖRPER UND KONTROLLE

Warum wollen wir dünn sein?
Schönheitsideale im Wandel

© Bebrauer/istock

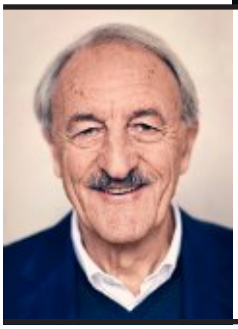
MEDIATHEK

www.badw.de/skinny

BAYERISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



Ein Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche? Darüber diskutierte auf der re:publica 2026 u. a. Roland A. Stürz vom bidt.



Liebe Leserinnen und Leser!

Kaum ein Thema bewegt derzeit die digitale Öffentlichkeit so sehr wie die Macht der Plattformen. Die EU hat darauf mit dem Digital Services Act reagiert – und die erste Strafe verhängt: Elon Musks Unternehmen muss für seinen Kurznachrichtendienst X 120 Millionen Euro zahlen, u. a. wegen einer intransparenten Werbedatenbank und des blockierten Zugangs für Forschende. Sehr große Plattformen müssen nach dem Gesetz systemische Risiken mindern, doch welche genau, ist im Digital Services Act bewusst offen definiert. Solche Risiken zu systematisieren und empirisch zu untersuchen, ist daher eine zentrale Aufgabe der Forschung. Auch über Altersgrenzen wird europaweit gestritten. Frankreichs Verbot für unter 15-Jährige kippte der Verfassungsrat als „unverhältnismäßigen Eingriff“ in die Meinungsfreiheit. Der Rechtsstreit zeigt: Es braucht fundierte Kenntnisse darüber, welche Dienste welchen Schaden anrichten.

Um diese Entwicklungen wissenschaftlich einzuordnen, widmet sich diese Ausgabe den sozialen Medien – mit Handlungsempfehlungen für einen bewussteren Umgang und Alternativen jenseits der kommerziellen Netzwerke. Viel Freude bei der Lektüre!



Prof. Dr. Markus Schwaiger
Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Fotos: bidt; Robert Brembeck

BAdW

Social Media

Ständig sortiert ein Algorithmus, was wir sehen – und entlässt niemanden aus dem Feed. Was das für unsere Meinungsbildung bedeutet, ob die EU kommerzielle Plattformen regulieren kann und welche Erkenntnisse die Forschung dazu liefert, lesen Sie ab Seite 12. Und wenn Sie Lust haben auf soziale Netzwerke, in denen niemand Daten einsammelt und die ohne Werbung auskommen, dann empfehlen wir einen Ausflug ins Fediverse (S. 28).



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Zwischen Regulierung und digitaler Teilhabe: Wohin entwickeln sich die sozialen Medien?

Inhalt

Nr. 90

6
Kurz notiert
Nachrichten aus Wissenschaft und Forschung

8
Im Gespräch
Die Ärztin und Forscherin Jacqueline Lammert über KI in der Frauengesundheit

Fokus

12
Social Media – wie kommunizieren wir morgen?

14
„Der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum“
Wie sich soziale Medien transparenter und demokratischer gestalten lassen

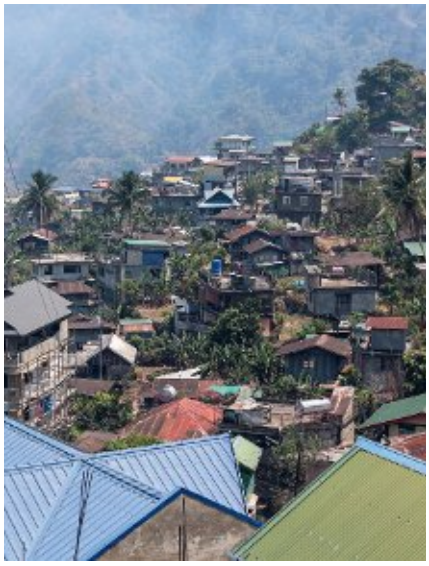
20
Zahlen, bitte!
Jugendschutz, News und Wahlkampf

22
Entscheidet TikTok über unsere Demokratie?
Social-Media-Plattformen als Wahlkampfinstrument

28
Soziales Netzwerk geht auch anders
Vom Klickfang zum Diskursraum: das Fediverse

30
Frauenfeindlichkeit 2.0
Digitale Gewalt in verschiedenen Kulturen – und was dagegen hilft

36
Plattform(en) regeln
Was bringt der Digital Services Act?



S. 48 | Ein Forschungsteam folgt den Spuren deutscher Kolonialgeschichte auf den Philippinen

41
Auf den Punkt
Thomas Hanitzsch über Wissenschaftsfreiheit unter Druck

42
Lesenswert
mit Monika Schnitzer

44
Kurz vorgestellt
Fragen an neue Akademiemitglieder

Forschung

48
Der gestohlene Bul'ul
Deutscher Kolonialismus auf den Philippen

54
Endzeitstimmung für die Ehe?
Ein rechtswissenschaftlicher Blick auf die Institution Ehe

58
„Ein wichtiges Geschäft trage ich ihnen auf“
Wie München zu einer europäischen Kunststadt aufstieg

62
Akademie intern

64
Termine und Mediathek / Impressum

66
Lieblingsstück

Unser Titelthema
gestaltete Natallia Drahun (Nürnberg). Die Designerin und Illustratorin kombiniert in ihren Motiven unterschiedliche Bildteile. Damit greift sie eine Logik auf, die den Umgang mit Social Media prägt: „In sozialen Netzwerken begegnen uns Ausschnitte aus dem Leben anderer Menschen, politische Positionen, Nachrichten und Bilder. Aus diesen Fragmenten entsteht ein Gesamtbild.“ Ähnlich funktionieren die Collagen in dieser Ausgabe: „Elemente aus unterschiedlichen Zusammenhängen werden kombiniert und erzeugen eine neue Aussage.“



Fotos: Arnold Amores; privat (KI-generiert); Titel: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

20

Projekte aus den deutschen Wissenschaftsakademien boten beim Akademientag 2026 Einblicke in die Welt der Sprache. Bei einem Forschungsparcours erkundeten Interessierte u. a. digitale Methoden in der Sprachforschung. Mehr: **akademienunion.de**



SCHLAF GUT! ABER WIE?

Für guten Schlaf interessierten sich zahlreiche Gäste des Zamanand-Festivals auf der Münchner Ludwigstraße. Am Gemeinschaftsstand von BAdW, acatech und AHA – The Science Communication Hub sprachen Matthias Knop und Birte Balzer vom Max-Planck-Institut für Psychiatrie über Schlafphasen, Schlafstörungen und aktuelle Trends. Ein interaktives Quiz, eine Ruheoase und ein Kinderprogramm rundeten das Angebot ab. Der Stand war Teil des Projekts „Fit für morgen!“ von Leopoldina, acatech, Akademienunion, BAdW und BBAW im Wissenschaftsjahr 2026 – Medizin der Zukunft des BMFTR.

Infos unter: **badw.de/presse**

Astronaut eröffnete Space Days





Raumfahrtagenturen weltweit planen Außenposten auf dem Mond. Wie der Alltag auf einer Raumstation aussieht, erzählte Astronaut **Reinhold Ewald** bei der Eröffnung der Space Days in Würzburg (September/Oktober 2026): 1997 flog er zur Raumstation Mir und umkreiste 320-mal die Erde. Die Space Days organisierte das Schelling-Forum der BAdW mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft.

Mehr: **schelling-forum.badw.de**

TIPP

MEDIATHEK

Warum misstrauen so viele Menschen der Wissenschaft? Die Diskussion zur Veranstaltung „Angst vor dem Wissen“ zwischen Harald Lesch und Michel Friedman im Schelling-Forum der BAdW in Würzburg ist als Video und Audio-Podcast verfügbar.

Podcast hören:
badw.de/mediathek

Zusammenstellung: mo

FAKT oder FAKE

Fake News auf der Spur

Den 1. Platz und 7.500 Euro sicherte sich das Dientzenhofer-Gymnasium in Bamberg beim Bayerischen Schulpreis 2026 „Fakt oder Fake. Information und Desinformation in den digitalen Medien“. Die Preise stifteten die Gesellschaft der Freunde der BAdW, der Bayerische Philologenverband und die BAdW.

Alle Preisträger: **badw.de/presse**

Fotos: Simon Esser; Tanja Schimscha

HIGHTECH-PREISE Bayern 2026



Ausgezeichnete Spitzenforschung: Daniela Rus (Mitte) mit dem Hightech-Preis 2026.

Ein Origami-Roboter, der sich im Magen für einen medizinischen Eingriff entfaltet – was wie ein Blick in die Zukunft wirkt, ist heute schon Realität. Das ist eine der bahnbrechenden Entwicklungen von Daniela Rus, Direktorin des Computer Science and Artificial Intelligence Laboratory am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Boston/USA. Für derartige Innovationen erhielt sie den Hightech-Preis des Bayerischen Ministerpräsidenten 2026. Die gemeinsame Auszeichnung von BAdW und bayerischer Staatsregierung, gestiftet von der Ulrich L. Rohde Stiftung mit 300.000 Euro, ist der höchstdotierte Technikpreis Deutschlands. Er würdigt Rus' Beiträge zur Robotik und autonomen Systemtechnik: von fahrerlosen Fahrzeugen, die das Verhalten von Verkehrsteilnehmern vorhersehen, bis zu Unterwasser-Robotern, die empfindliche Ökosysteme schützen. „Durch ihre wissenschaftliche Exzellenz, Innovationskraft und die hohe gesellschaftliche Relevanz ihrer Arbeiten verkörpert sie auf ideale Weise den Geist des Preises", betonte Akademiepräsident Markus Schwaiger. Der mit 30.000 Euro dotierte Hightech-Nachwuchspreis ging an Lukas Burgholzer (TUM) für seine Open-Source-Software für Quantencomputer.

Mehr dazu: hightechpreise-bayern.de

Junge Forschende starten durch

2026 forschen 25 neue Promovierende im bidt Graduate Center der BAdW – gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Ihre Schwerpunkte: von KI-gestützter Energieforschung über Resilienz globaler Internetinfrastrukturen bis zu Deepfakes in der Strafverfolgung.

Weitere Infos: **bidt.digital**

LRZ

Arktische Gletscher im Visier

Wie schnell schwinden Gletscher? Ein Forschungsteam der FAU hat das für eine norwegische Inselgruppe im Nordatlantik gemessen – mit KI, Satellitendaten und der Hochleistungsplattform terrabyte des Leibniz-Rechenzentrums. Die Ergebnisse helfen, Klimamodelle präziser zu machen.

Infos unter: **lrz.de**

Foto: Klaus D. Wolf

„Wir müssen den Gender Data Gap verringern, um Frauen besser zu versorgen“

Jacqueline Lammert gilt als Pionierin, wenn es um Künstliche Intelligenz in der Frauengesundheit geht. Ein Gespräch über ihre Doppelrolle als Ärztin und Forscherin – und darüber, wie sie mit KI Krebsbehandlungen bei Frauen revolutioniert.

Fragen **Monique Opetz** — Foto **Luise Aedtner**

Frau Lammert, wir haben uns heute für das Interview in Ihrem Büro im Münchner Stadtteil Haidhausen verabredet – wo genau sind wir hier?
Wir sind am Lehrstuhl für Medizinische Informatik, wo ich meinen Forschungsarbeitsplatz habe. Hier passiert sehr viel anwendungsnahe Forschung, für die wir klinische Daten verwenden, erschließen und auswerten.

Sie arbeiten außerdem als Oberärztin für gynäkologische Präzisionsonkologie und sind einen Tag pro Woche am TUM Klinikum Rechts der Isar, vier Tage sind für Ihre Forschung reserviert. Wie sieht Ihr Arbeitsalltag aus?
Ich habe das große Glück, als Clinician Scientist beide Welten zu verbinden: Im Molekularen Tumorboard analysieren wir Tumormutationsprofile, um gezielt Therapien für seltene oder stark vorbehandelte Krebserkrankungen abzuleiten. Die enge Verzahnung von Forschung und Praxis ermöglicht es mir, neue Erkenntnisse direkt in die Behandlung einfließen zu lassen – im Austausch mit einem interdisziplinären Team aus Klinik, Pathologie und Bioinformatik. Der kurze Weg zwischen Klinik und Lehrstuhl hilft mir dabei sehr: Ich brauche nur vier Minuten mit dem Rad.

Das heißt, es gibt Momente, in denen Sie sehen, wie Ihre Forschungsergebnisse in der Praxis wirken?
Ja, denn das Besondere am Molekularen Tumorboard ist, dass wir experimentelle Therapien bei Brust- oder Eierstockkrebs vorschlagen, etwa Medikamente, die für andere Krebsarten zugelassen sind. Wir entwickeln Therapieoptionen für Patientinnen, die akut Hilfe brauchen. Dafür müssen wir oft Kostenübernahmeanträge stellen oder in klinische Studien einschließen. Früher habe ich das häufig in meiner Freizeit gemacht. Durch KI-Unterstützung geht das heute schneller, und die Therapien kommen rascher zur Anwendung.

Ist Ihnen ein besonders prägender Fall in Erinnerung geblieben?
Eine Patientin mit Eierstockkrebs, die ich seit 2020 begleite, hatte nach fünf Therapien und vier Jahren Dauerchemotherapie keine zugelassenen Optionen mehr. In ihrem Biomarker-Profil entdeckten wir eine geringe Anzahl von HER2-Andockstellen auf den Tumorzellen. Das bot uns ein Ziel, das wir direkt angehen konnten – obwohl es dafür keine spezifischen Daten für Eierstockkrebs gab. Seit 2024 erhält sie



Verbindet Forschung und Praxis: Die 33-jährige Jacqueline Lammert arbeitet als Wissenschaftlerin und Oberärztin für gynäkologische Präzisionsonkologie.

die Therapie. Nach zwei Jahren zeigt sie ein anhaltendes Ansprechen darauf. Das heißt: Sie kann ihre Enkelkinder – Drillinge – aufwachsen sehen. Solche Momente, in denen die Forschung direkt Leben verändert, erfüllen mich sehr.

Wann wird denn ein Fall innerhalb des Molekularen Tumorboards besprochen?
Das hängt stark von der Krebsart ab. Bei Brustkrebs – einer der häufigsten Erkrankungen – greift das Molekulare Tumorboard spät ein, oft erst nach fünf bis zehn Therapien, da es hier gut etablierte Behandlungsstandards gibt. Anders sieht es bei selteneren gynäkologischen Tumoren wie Eierstock-, Gebärmutter- oder Vulvakarzinomen aus: Über 50 % aller gynäkologischen Krebserkrankungen gelten als selten, mit weniger als sechs auf 100.000 Betroffenen pro Entität. Für diese Fälle sind die Leitlinien weniger ausgereift, und die Präzisionsonkologie kommt früher zum Einsatz. Pro Woche besprechen wir 30 bis 40 Fälle.

Bevor wir tiefer in Ihre Arbeit einsteigen, möchte ich gerne noch etwas mehr über Ihren Werdegang erfahren: Sie haben Psychologie studiert, bevor Sie zur Medizin wechselten – und waren mit 17 schon an der Uni. Was hat Sie damals angetrieben, so schnell durchzustarten?
Mit 16 habe ich das Abitur gemacht – inspiriert durch meine älteren Brüder, mit denen ich früh den Schulalltag teilte. Meine Mutter, die im psychologischen Bereich arbeitet, weckte mein Interesse für Psychologie. Doch als ich im dritten Semester in den Anamnesegruppen der LMU verschiedene Kliniken kennenlernte, gab es einen prägenden Moment: Eine Patientin in der Frauenklinik beeindruckte mich so sehr, dass ich beschloss, auch Medizin zu studieren.

Ihr Fokus liegt auf Frauengesundheit – warum ist dieses Feld für Sie so zentral?
Die Frauengesundheit ist ein wunderbar vielseitiges Fach: Von der Geburtshilfe über die Endokrinologie bis zur Onkologie begleiten wir Frauen ein Leben lang – vom Teenageralter bis ins hohe Alter. Meine älteste Patientin bislang war 99 Jahre alt. Besonders reizt mich die Prävention, die in unserem Fach einen so großen Raum einnimmt. Gleichzeitig liegt mein Fokus auf der Behandlung schwer erkrankter, oft metastasierter Patientinnen. Doch selbst hier geht es nicht nur um Therapiepläne, sondern auch darum, Frauen zu befähigen, ihre Gesundheit aktiv zu stärken. Studien zeigen: Körperliche Aktivität kann bei Brustkrebspatientinnen die krebspezifische Sterblichkeit um 50 % senken, selbst ohne Gewichtsveränderung.

In der Gesundheitsforschung gibt es den sogenannten Gender Data Gap, d. h. Frauen sind in zahlreichen medizinischen Datensätzen unterrepräsentiert. In der Folge sind Diagnosen und Therapien nicht optimal auf sie abgestimmt. Um Daten zu generieren, setzen Sie auf Künstliche Intelligenz. Sie leiten die Forschungsgruppe „AI for Women's Health". Was sind die größten Hürden?
Der Einsatz von KI in der Frauengesundheit steht vor drei zentralen Herausforderungen. Da ist zunächst der Mangel an Rechenressourcen: Kliniken müssen diese erst aufbauen, um Daten lokal und datenschutzkonform zu verarbeiten. Hinzu kommt die Fragmentierung der Systeme.

„Solche Momente, in denen die Forschung direkt Leben verändert, erfüllen mich sehr."

Allein für unser gynäkologisches Tumorboard sind die Daten auf viele verschiedene Systeme verteilt – von Arztbriefen über Labor, Radiologie und Pathologie bis zur Genetik. Externe Befunde von Kooperationspartnern treffen oft noch per Fax ein. Zwar gibt es Standards für Datenmodelle, doch die Integration aller Informationen bleibt eine enorme Herausforderung.

Und die dritte?
Das ist der Übergang von der Forschung in die Praxis. Im Molekularen Tumorboard nutzen wir KI bereits für Recherchen nach experimentellen Therapieoptionen. Doch um solche Systeme flächendeckend einzusetzen, müssen sie als Medizinprodukte zertifiziert und in aufwendigen Studien validiert werden. Unser Ziel ist es, dass diese Lösungen nicht im Elfenbeinturm Uniklinik bleiben, sondern auch in den Praxen ankommen.

2023 haben Forschende der Charité in Berlin versucht, ChatGPT für die Therapieplanung zu nutzen – mit begrenztem Erfolg. Was war schwierig, und wie ist daraus Ihr Projekt MEREDITH (Medical Evidence Retriever) innerhalb Ihrer Forschungsgruppe „AI for Women's Health" entstanden?
Das Problem war, dass viele der relevanten Daten, die im Molekularen Tumorboard verwendet werden, hinter Paywalls verborgen sind und nicht Teil der ChatGPT-Trainingsdaten waren. Hier setzt unser Projekt MEREDITH an. Wir haben die verschiedenen Datenbanken, die wir ohnehin für unsere Therapieempfehlungen abfragen, in eine Wissensdatenbank integriert. Dabei nutzen wir die Fähigkeiten von Sprachmodellen – allerdings mit einer entscheidenden Einschränkung: Das System darf ausschließlich auf Basis dieser vordefinierten Quellen antworten und keine zusätzlichen Informationen einbeziehen. Die Charité stellte uns synthetische Patientendaten zur Verfügung, die reale Fälle aus dem Molekularen Tumorboard sehr gut abbildeten.

Und, funktioniert es?
Die Ergebnisse waren beeindruckend: Die von MEREDITH generierten Therapiepläne stimmen zu 94,6 % mit den Empfehlungen unseres Tumorboards überein. Das Projekt zeigte, dass KI – richtig konfiguriert – eine wertvolle Unterstützung sein kann.

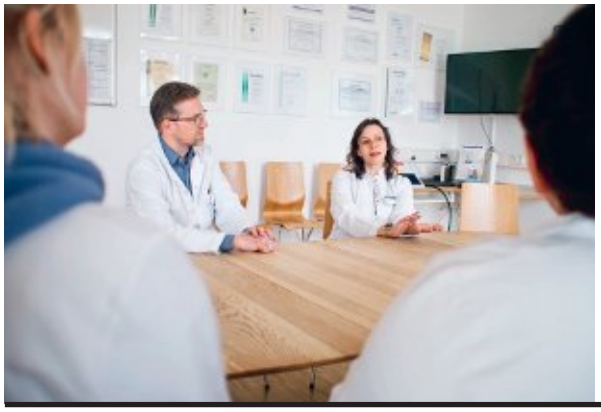
VIOLET ist die Weiterentwicklung des MEREDITH-Projekts – was ist neu hinzugekommen?

Während MEREDITH sich auf die Präzisionsonkologie und experimentelle Therapien konzentrierte, geht VIOLET einen Schritt weiter: Das System soll Leitlinienwissen und Therapieempfehlungen für die gynäkologische und Brustkrebs-Onkologie zugänglich machen. Das ist besonders relevant in strukturell schwachen Regionen. Der Hintergrund: Laut Robert Koch-Institut (2023) ist die krebsbedingte Sterblichkeit in solchen Regionen bei Männern um 80 % und bei Frauen um 50 % höher. Langfristig ist das Ziel, das System auf andere komplexe Erkrankungen wie Multiple Sklerose zu übertragen.

Das Projekt untersucht auch ethische und rechtliche Bedingungen der Mensch-KI-Kollaboration. Wie gehen Sie hier vor?
Bei der Entwicklung solcher Systeme arbeiten wir in interdisziplinären Teams aus der Klinik und der Technik eng zusammen. Der Prozess ist iterativ: Wir testen, entdecken Fehler oder suboptimale Antworten und verbessern das System kontinuierlich. Doch eines ist ganz wichtig: Am Ende entscheidet immer der Mensch. Es geht nicht darum, blind auf die KI zu vertrauen, sondern ihre Vorschläge kritisch zu prüfen. Um Transparenz zu gewährleisten, legen wir bei jeder Therapieempfehlung die genauen Quellen offen – nicht nur die Leitlinie, sondern den konkreten Textabschnitt, auf dem die Empfehlung basiert. Das ist besonders wichtig, da Leitlinien wie die für Brustkrebs oft Hunderte Seiten umfassen.

Mit wem arbeiten Sie zusammen, um die rechtlichen Fragen für die KI-Nutzung zu beantworten?
An der TU München kooperieren wir mit dem Lehrstuhl für Recht und Sicherheit der Digitalisierung von Dirk Heckmann. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es uns, ethische und rechtliche Fragen von Anfang an mitzudenken. Ich bin gespannt, wie sich die rechtliche Ausgestaltung weiterentwickeln wird.

In Ihrem Projekt VIOLET geht es um „Vertrauen per Design". Was ist damit gemeint?
Wir bauen Vertrauen von Anfang an in das System ein. Das umfasst einerseits die Richtigkeit der Empfehlungen – die KI muss zuverlässig und nachvollziehbar arbeiten. Andererseits geht es um Akzeptanz: Anwenderinnen und Anwender müssen verstehen, wie das System funktioniert, welche Datenquellen genutzt werden und welchen Mehrwert es bietet – sei es Zeitersparnis oder der Zugang zu neuen Therapieoptionen. Im Rahmen meines Projekts im Jungen Kolleg der BAdW untersuche ich, wie wir diese Faktoren so gestalten, dass das System nicht nur technisch funktioniert, sondern auch tatsächlich genutzt wird.



Leitet die gynäkologische Domäne im Molekularen Tumorboard: Jacqueline Lammert (re.) mit Ulrich Schatz (li.), Leiter der Gynäkologischen Tumorgenetik, und weiteren Mitgliedern des interdisziplinären Teams.

„Das Projekt zeigte, dass KI – richtig konfiguriert – eine wertvolle Unterstützung sein kann."

Das BMFTR fördert seit Neuestem KI in der Frauengesundheit. Was bedeutet das für Ihre Arbeit?
Die Förderung des BMFTR bedeutet für uns einen entscheidenden Schritt. Bereits 2024 hatte Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach das Jahr der Frauengesundheit ausgerufen und KI-Projekte in diesem Bereich gefördert. Jetzt folgt der Bund – maßgeblich vorangetrieben von Dorothee Bär. Das gibt uns die Chance, den Gender Data Gap hoffentlich zu verringern, um Frauen besser zu versorgen. Dafür müssen wir die ohnehin erfassten Klinikdaten von Frauen nutzbar machen – und zwar nicht nur in der Gynäkologie und Geburtshilfe, sondern über alle verschiedenen Fachdisziplinen hinweg.

Auf Ihrem Schreibtisch stehen drei Porzellanfrösche, und auf der Fensterbank lehnt das Bild eines Frosches. Haben Sie ein Faible für Frösche?
Ja, Frösche sind meine Lieblingstiere – schon seit meiner Kindheit. Denn sie sind nicht nur witzig und quirlig, sondern auch genetisch faszinierend: Von der Kaulquappe zum Frosch bleiben die Gene gleich – nur die Proteine steuern, ob sie im Wasser oder an Land leben. Diese Metamorphose finde ich einfach beeindruckend. Ich habe auch Frösche zuhause, in einem Aquaterrarium.

Dr. Jacqueline Lammert
arbeitet als Oberärztin in der Frauenklinik und als Forschungsgruppenleiterin am Institut für KI und Informatik in der Medizin des TUM Klinikums. Sie ist Mitglied im Jungen Kolleg der BAdW und erhielt 2025 den Nachwuchspreis der Hightech-Preise Bayern.

Das ausführliche Gespräch finden Sie als Podcast in unserer Mediathek: badw.de/mediathek

Foto: Max Thylmann



Social Media



Soziale Medien verändern die öffentliche Kommunikation von Grund auf. Was als Netzwerk für Studierende begann, ist heute der Ort, an dem Menschen diskutieren, sich informieren und unterhalten lassen. Doch Algorithmen bestimmen, was in unsere Newsfeeds gespült wird – und damit, wer öffentlich Gehör findet. Wie viel Regulierung soziale Plattformen brauchen, ist umstritten: Schaden Regeln der digitalen Teilhabe – oder schützen sie vor manipulativen Designs und Beleidigungen? Was kann der Digital Services Act der EU leisten? Wie soziale Medien sicherer und demokratischer werden, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Alle Illustrationen: Natallia Drahun für Akademie Aktuell, unter Verwendung von Stockmaterial, gemeinfreien Quellen und KI-generierten Elementen

„Der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum“

Wie lassen sich **#sozialeMedien** sicherer, transparenter und demokratischer gestalten? „Akademie Aktuell“ hat bei Hannah Schmid-Petri vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) nachgefragt.

Fragen **Monique Opetz**



Hannah Schmid-Petri: „Problematische Inhalte müssen stärker reguliert werden, damit sie seltener verbreitet werden.“

Frau Schmid-Petri, in welchem sozialen Netzwerk waren Sie zuletzt unterwegs und warum?
LinkedIn, weil das natürlich inzwischen eine sehr wichtige soziale Plattform ist, um sich zu vernetzen und auszutauschen. Und gerade für die Wissenschaftskommunikation hat sich das Netzwerk in den letzten Jahren als sehr wichtiger Kanal etabliert.

Wie bewerten Sie die Rolle sozialer Medien?
Wenn wir an die klassischen sozialen Medien denken, beispielsweise TikTok, Instagram, Facebook oder auch Snapchat, dann glaube ich, muss man zum einen festhalten, dass diese Plattformen sehr viele positive Interaktionen ermöglichen. Die Nutzenden erleben viel Unterhaltsames, leisten sich gegenseitig Zuspruch und Unterstützung, teilen Freude und Erfahrungen miteinander. Dennoch gibt es Risiken, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder, Jugendliche oder bereits gefährdete Personen. Negative Effekte lassen sich nicht pauschal nachweisen, aber unter bestimmten Umständen sind sie spürbar.

Welche anderen Wirkungen sozialer Medien gilt es zu bedenken?
Es ist zum Beispiel problematisch, dass der klassische traditionelle Journalismus weiter erodiert und auch mit einer großen Finanzierungskrise konfrontiert ist. Die entscheidende Frage lautet: Wie erreichen wir die Menschen eigentlich noch mit qualitätsgeprüften Informationen? Und wenn wir zu Regulierung oder regulatorischen Maßnahmen kommen, dann wäre es aus meiner Sicht zentral, an den Charakteristika oder Features von sozialen Medien anzusetzen, die negative Auswirkungen haben können oder Risiken bergen.

Was wären konkrete Maßnahmen – insbesondere, wenn es um Kinder und Jugendliche geht?
Algorithmen müssten transparent sein, damit wir sie besser beurteilen können.

Foto: Kilian Blees/bidt; Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

„Algorithmen müssten transparent sein, damit wir sie besser beurteilen können.“



„Journalistische Inhalte und Nachrichten sollten in den Algorithmen höher gewichtet werden.“

Problematische Inhalte müssten stärker reguliert werden, damit sie seltener verbreitet werden. Außerdem sollten journalistische Inhalte und Nachrichten in den Algorithmen höher gewichtet werden. Eine weitere Idee: Alternative Plattformen schaffen – etwa mit europäischen Eigentümern, gemeinnützig organisiert und an bestimmte Werte gebunden (s. auch S. 28).

Aktuell wird ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche in Deutschland intensiv diskutiert. Ein bidt-Handlungspapier zu diesem Thema zeigt: 66 % der Befragten befürworten ein Verbot für unter 14-Jährige, doch 59 % zweifeln die Wirksamkeit an. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?
Viele, die ein Verbot befürworten, zweifeln nicht automatisch an seiner Wirksamkeit. Bei den Skeptikern spielt vor allem die Umsetzbarkeit eine Rolle: Wer setzt das Verbot durch? Wie lässt es sich technisch kontrollieren? Zudem gibt es praktische Probleme: Verbote können umgangen werden, Datenschutzfragen sind offen, und es besteht die Gefahr, dass diejenigen ausgeschlossen werden, die von Social Media profitieren könnten.

Das Handlungspapier warnt vor angstgetriebenem Aktionismus und fordert evidenzbasierte Regulierung. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht wichtig, um Jugendliche zu schützen, ohne ihre digitale Teilhabe einzuschränken?
Plattformen sollten von vornherein so gestaltet werden, dass problematische Features gar nicht erst entstehen, und Regulierung sollte gezielt an bestimmten Punkten ansetzen: bei Dark Patterns, die Nutzerinnen und Nutzer täuschen, riskanten Influencer-Praktiken oder dem Kontakt von Minderjährigen mit Unbekannten. Hier helfen Ansätze wie „Governance by Design“, die suchterzeugende Mechanismen einschränken oder KI-Anwendungen verbieten, die sexuellen Missbrauch oder das Erstellen von Nacktbildern ermöglichen. Parallel muss die Medienkompetenz gestärkt werden, und zwar breiter in der Bevölkerung. Eltern brauchen mehr Bewusstsein für die Risiken, um ihre Kinder besser begleiten zu können.

Eine Expertenkommission der Bundesregierung hat im Juli Vorschläge wie ein Mindestalter von 13 Jahren oder funktionsspezifische Beschränkungen für Plattformen gemacht. Wie stehen Sie dazu? Gibt es Empfehlungen, die Sie unterstützen, oder Aspekte, die zu kurz kommen?
Ich würde eher bei den dienst- und funktionsspezifischen Beschränkungen ansetzen und halte das aktuell für die bessere Alternative. Denn wir sehen ja nicht, dass Social Media für die breite Bevölkerung durchweg negative Auswirkungen hat. Natürlich gibt es Gefährdungspotentiale – aber ein pauschales Verbot ist nicht so einfach umzusetzen, wie es auf den ersten Blick scheint. Besser wäre es, bestimmte Dienste oder Funktionen altersspezifisch zu regulieren. Das ist zwar aufwendiger, aber machbar. Deutschland hat mit dem Jugendmedienschutz bereits Erfahrung: Bewährte Prinzipien und bekannte Gefährdungspotentiale lassen sich auf digitale Plattformen übertragen – ähnlich wie in der Rundfunkregulierung. Diese Expertise sollten wir nutzen.

In Ihrer Rede im Bayerischen Landtag im März 2025 haben Sie Handlungsempfehlungen für den Umgang mit digitaler Gewalt vorgestellt. Hat sich denn seitdem etwas getan?
Das Bewusstsein für digitale Gewalt ist durch prominente Betroffene wie Collien Fernandes deutlich gestiegen. Zudem hat die Europäische Union bereits Verfahren gegen Plattformen auf Basis des Digital Services Act (DSA) eingeleitet. Das sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Wie bewerten Sie die Wirksamkeit des DSA, insbesondere im Umgang mit US-amerikanischen Plattformen, bei denen unser Handlungsspielraum begrenzt ist?
Die Ansätze des DSA gehen in die richtige Richtung. Ergänzt durch nationale Initiativen und bestehende Medienregulierung, die auf bewährten Prinzipien beruhen, entsteht ein solides Fundament. Entscheidend ist nun, dass die EU die vorhandenen Instrumente konsequent nutzt – also Sanktionen verhängt und durchsetzt. Nur so bleibt der DSA nicht „zahnlos“ (s. auch S. 36).

Welche Handlungsempfehlungen haben Sie, um den Kampf gegen digitale Gewalt zu stärken?
Es braucht eine klare Bekämpfung von Hatespeech, Anfeindungen und sexualisierter digitaler Gewalt. Dafür müssen wir besser kommunizieren, was online illegal ist – der digitale Raum ist kein rechtsfreier Raum. Die Prozesse müssen effizienter werden, und die Plattformen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, Verantwortung für ihre Inhalte zu übernehmen und aktiv dagegen vorzugehen (s. auch S. 30).

Eine bidt-Studie zu Beleidigungen auf Social Media zeigt: Nur 46 % der Betroffenen melden die Vorfälle. Warum?
Ich glaube, es gibt vor allem drei Gründe: Viele fragen sich: War das jetzt wirklich so schlimm? Muss ich das ertragen? Hier muss ich klar sagen: Nein, digitale Gewalt ist Gewalt – und die muss niemand hinnehmen. Man sollte sich immer wehren. Dazu kommt: Es herrscht das Gefühl vor, dass Melden ohnehin nichts bringt. Das ist verständlich, aber falsch. Außerdem sind die Beschwerdewege oft kompliziert und aufwendig. Zwar sind Plattformen verpflichtet, Beschwerdemöglichkeiten anzubieten, aber sie sind nicht immer leicht zu finden. Betroffene müssen Formulare ausfüllen, Hürden überwinden – das schreckt ab. Trotzdem ist es extrem

wichtig, Beleidigungen zu melden. Nur so kann man dagegen vorgehen. Aktuell melden die meisten Betroffenen Vorfälle nur direkt auf der Plattform. Dort wird dann nach den Community-Standards geprüft – aber das ist problematisch, weil die Entscheidung darüber, was erlaubt ist, allein bei der Plattform liegt.

Was wäre der bessere Weg?

Es gibt bereits Initiativen auf gesetzlicher Ebene: Der Digital Services Act und das geplante Bundesgesetz gegen digitale Gewalt sind wichtige Schritte. Betroffene sollten auf bestehende Organisationen wie HateAid oder die Meldestelle Respect zurückgreifen. Diese bieten konkrete Hilfe an. Gleichzeitig müssen wir in Medienkompetenz investieren – nicht nur bei Betroffenen, sondern auch bei potentiellen Tätern, um digitale Gewalt von vornherein zu verhindern. Wirksam ist zudem eine aktive Moderation von Online-Diskussionen. Ideal wäre ein Team, das Diskussionsregeln durchsetzt und gegen Verstöße vorgeht. Das hat zwei Effekte: Erstens verschwinden beleidigende Kommentare, zweitens sehen stille Mitlesende, dass solche Angriffe nicht toleriert werden. Das signalisiert: Hier wird gehandelt.

In Ihrer Forschung untersuchen Sie, wie Skeptizismus in sozialen Medien konstruiert wird – etwa beim Klimawandel. Wie tragen Plattformen und ihre Algorithmen dazu bei, dass sich polarisierende Narrative so stark verbreiten?

Sie begünstigen die Verbreitung polarisierter Narrative auf zweierlei Weise. Zum einen bevorzugen Algorithmen solche Inhalte, weil sie starke Reaktionen auslösen können – sei es durch Empörung, Zustimmung oder Weiterleiten von Beiträgen. Da die Plattformen Nutzer möglichst lange binden wollen, erhalten vereinfachte, polarisierende Erzählungen überproportional Aufmerksamkeit und verzerren so die Wahrnehmung gesellschaftlicher Mehrheitsverhältnisse. Zum anderen nutzen besonders aktive Minderheitenskeptiker oder Desinformationsverbreiter die ungefilterte Reichweite der Plattformen. Im Gegensatz zu journalistischen Medien, die Informationen einordnen und widersprechen, können sie sich hier mit Gleichgesinnten vernetzen und ihre Botschaften gezielt streuen (s. auch S. 22)

„Diskurskompetenz heißt, manipulative Strategien zu erkennen und selbst respektvoll zu diskutieren.“



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Wie ließe sich die Verbreitung polarisierter Narrative eindämmen? Sie erwähnten bereits mehr Transparenz bei Algorithmen – wie könnte das aussehen?
Plattformen sollten Daten für die Forschung bereitstellen, wie im Digital Services Act eigentlich vorgesehen. Zwar ist eine vollständige Offenlegung der Algorithmen unwahrscheinlich, da sie das Geschäftsmodell berühren. Doch Audits oder die Freigabe von Daten könnten helfen, Verbreitungsmechanismen und Inhalte besser zu verstehen. Nicht zuletzt bleibt ein funktionierender Journalismus unverzichtbar, der Informationen einordnet, Hintergründe liefert und Falschinformationen korrigiert.

„Meinungsfreiheit hat Grenzen, sobald Rechte anderer verletzt oder illegale Inhalte verbreitet werden.“

Mit Blick in die Kommentarspalten: Wie kann man Diskussionen in sozialen Medien konstruktiver gestalten?
Konstruktivere Diskussionen gelingen durch klare Moderation und Diskurskompetenz. Das heißt, manipulative Strategien zu erkennen und selbst respektvoll zu diskutieren: mit Verständnis, Empathie und der Bereitschaft, andere Positionen anzuhören. Strukturell braucht es verbindliche Regeln für Onlinedebatten, die konsequent durchgesetzt werden. Meinungsfreiheit hat Grenzen, sobald Rechte anderer verletzt oder illegale Inhalte verbreitet werden. Jeder kann durch sachliche Argumente, Quellen und einen respektvollen Ton dazu beitragen. Technisch helfen Maßnahmen wie das Löschen von Kommentaren, das Sperren von Nutzern oder das Entfernen aus dem eigenen Feed, um den Rahmen für sachlichen Austausch zu schaffen.

Was gibt Ihnen Hoffnung, dass soziale Netzwerke auch künftig respektvoll und demokratisch gestalten werden?
Hoffnung machen mir die Regulierungsinitiativen auf europäischer und nationaler Ebene. Bewährte Prinzipien wie der Jugendmedienschutz lassen sich auf andere Medien übertragen – besonders in Deutschland. Entscheidend ist, diese Ansätze weiterzuentwickeln und konsequent umzusetzen, etwa durch empfindliche Sanktionen, damit die Regelungen nicht nur auf dem Papier stehen. Zudem gibt es Diskussionen über Alternativen wie eine europäische Plattform. Auch die vielen Initiativen zur Medienkompetenz, etwa in Schulen, sind ein wichtiger Schritt, den wir weiter vorantreiben und in der Bevölkerung verankern müssen.

Prof. Dr. Hannah Schmid-Petri hat den Lehrstuhl für Wissenschaftskommunikation an der Uni Passau inne und ist seit 2020 Mitglied im Direktorium des bidt, einem Institut der BAdW. Die Medienwissenschaftlerin beschäftigt sich mit sozialer Netzwerkanalyse und politischer Kommunikation online wie offline.



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

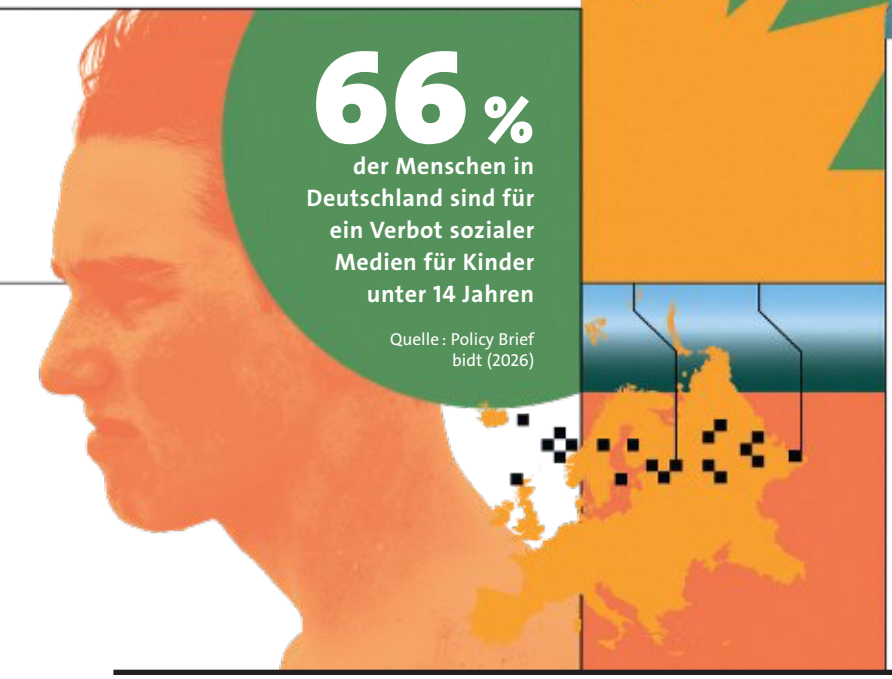


Zahlen, bitte!

Sollen soziale Medien für Kinder verboten werden?

Der geplante EU Kids Act soll Kinder und Jugendliche vor Risiken sozialer Medien und suchtfördernden Mustern auf TikTok, Instagram, Snapchat oder X schützen. Ziel ist ein altersgerechtes Design, ansonsten droht den Plattformen die Sperrung in der EU.

Quelle: Europäische Kommission/PM 17.09.2026



66 %
der Menschen in Deutschland sind für ein Verbot sozialer Medien für Kinder unter 14 Jahren

Quelle: Policy Brief bidt (2026)



Von 15 auf 25 %
stieg zwischen 2021 und 2025 die aktive Nutzung bei den 65- bis 74-Jährigen in Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt/ PM Nr. 014, 2.03.2026

59 %
der Menschen in Deutschland halten es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass ein gesetzliches Verbot tatsächlich die Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche verhindern kann.

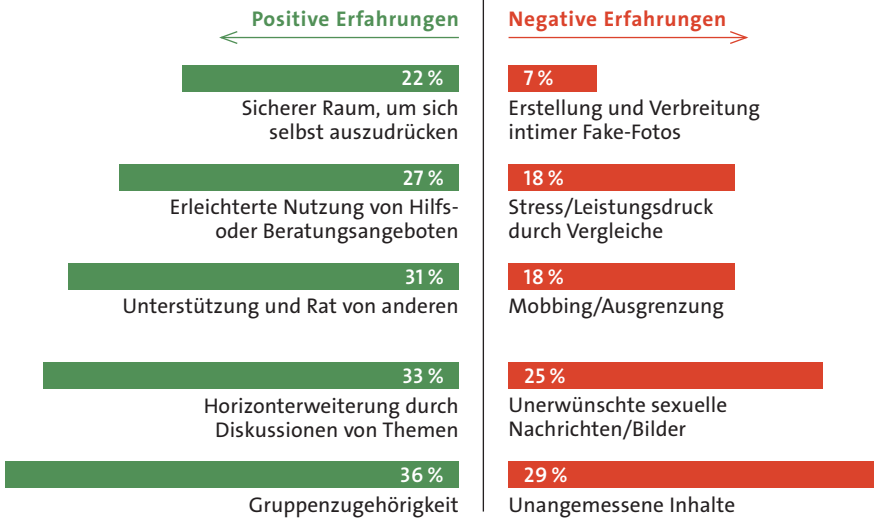
Quelle: Policy Brief bidt/Roland Stürz et al. (2026): Verbot Sozialer Medien. Einstellungen der Bevölkerung



Zusammenstellung: mo

Wie Nutzerinnen und Nutzer Social Media erleben

Die Erfahrungen mit sozialen Medien fallen ambivalent aus. Deshalb ist die Debatte über ein Nutzungsverbot so vielschichtig.
Das Balkendiagramm zeigt den Anteil der „Ja"-Antworten je Situation; Mehrfachnennungen waren möglich.



Quelle: Policy Brief bidt/ Roland Stürz et al. (2026): Verbot Sozialer Medien. Einstellungen der Bevölkerung

Illustrationen: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Soziale Medien als Nachrichtenquelle

36 %
der Menschen in Deutschland verwenden soziale Medien (mindestens) wöchentlich als Nachrichtenquelle.*

60 %
der 18- bis 24-Jährigen in Deutschland greifen auf soziale Medien als wichtigsten News-Kanal zurück.*

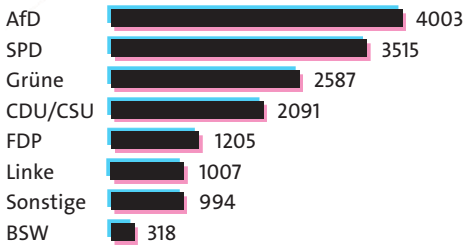
54 %
der Befragten weltweit nutzen soziale Medien 2026 erstmals als wichtigste Nachrichtenquelle.*





Wahlkampf 2.0: Parteien im Netz

So aktiv auf TikTok waren die Parteien zur Bundestagswahl 2025:
Videos je Partei, 1. Januar bis 23. Februar 2025



Quelle: dein-feed-deine-wahl.de/TikTok Research API

TikToks Algorithmus bevorzugt emotional zugespitzten Content:
268 fiktive Testprofile sahen AfD-Videos nach elf bis zwölf Minuten, SPD-Videos erst nach 70 Minuten.**

Quellen:
*Reuters Digital News Report 2026
**Digitalisiert, politisiert, polarisiert? Social-Media-Feeds junger Menschen zur Bundestagswahl 2025/ Universität Potsdam, Bertelsmann Stiftung (November 2025)

Entscheidet TikTok über unsere Demokratie?

Soziale Medien beeinflussen als **#Wahlkampfinstrument** die politische Kommunikation. Doch wie funktionieren digitale Öffentlichkeiten über Social-Media-Plattformen wirklich und welche Chancen eröffnen sie für die Politik?

Von **Andreas Jungherr**

Die politische Öffentlichkeit ist ohne Social Media kaum noch denkbar. Laut dem Reuters Digital News Report 2026 nutzten in Deutschland 36 Prozent der Befragten soziale Medien wöchentlich als Nachrichtenquelle. Unter den 18- bis 24-Jährigen waren es bereits 60 Prozent. Das Fernsehen nutzten nur 32 Prozent dieser Altersgruppe als regelmäßige Nachrichtenquelle. Gegenwart und Zukunft politischer Nachrichten und damit auch der politischen Kommunikation liegen zu einem erheblichen Teil auf Social Media.

Die Frage, ob TikTok über unsere Demokratie entscheidet, ist zugespitzt. TikTok steht jedoch beispielhaft für eine grundlegende Veränderung politischer Öffentlichkeit. Soziale Medien entscheiden Wahlen nicht unmittelbar. Sie verändern aber, wer politische Sichtbarkeit erhält, wie gemeinsame Aufmerksamkeit entsteht und unter welchen Bedingungen Parteien und Kandidaten ihr Publikum erreichen.

Sie sind eine Arena, in der politische Positionen vorgestellt und politische Konflikte ausgetragen werden. Politik, Medien und Öffentlichkeit beobachten dort, welche Themen Aufmerksamkeit finden und welche Deutungen Resonanz erzeugen. Plattformen stellen damit wesentliche Strukturen heutiger politischer Öffentlichkeit bereit.

Wer politische Öffentlichkeit verstehen und gestalten will, muss deshalb die Eigenschaften und Wirkungsmechanismen von sozialen Medien ernst nehmen. Häufig wird die öffentliche Diskussion vor allem von den Risiken digitaler Kommunikation bestimmt: Filterblasen, Desinformation, Radikalisierung und digitaler Hass. Diese Risiken sind real. Die Konzentration auf sie verengt jedoch häufig den Blick. Sie lässt wenig Raum für die Fragen, wie digitale Öffentlichkeiten tatsächlich funktionieren und welche politischen Handlungsmöglichkeiten sie eröffnen.

Muster und Mechanismen verstehen

Gesellschaften müssen lernen, Nutzungsmuster und Wirkungsmechanismen digitaler



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell



Soziale Medien verändern, wer politische Sichtbarkeit erreicht, wie gemeinsame Aufmerksamkeit entsteht und unter welchen Bedingungen Parteien und Kandidaten ihr Publikum erreichen.



Hohe Sichtbarkeit bedeutet nicht automatisch breite Zustimmung.

Medien besser zu verstehen. Für politische Akteure bedeutet dies, neue Formate und Kommunikationswege im Kontext eigener Ziele und Prozesse zu testen. Für Öffentlichkeit und Politik heißt das, die Regeln digitaler Sichtbarkeit bewusst zu gestalten.

Ein entscheidendes Merkmal sozialer Plattformen ist die Fragmentierung von Publikum und Inhalten. Digitale Medien bieten Nutzerinnen und Nutzern eine große Auswahl an Informationen und Quellen. Mit dieser Vielfalt verändern sich die Beziehungen zwischen Informationsangeboten, Publikumsgruppen und öffentlicher Aufmerksamkeit.

In der massenmedial geprägten Öffentlichkeit lag der Schlüssel zum Publikumserfolg für Nachrichtenmarken lange in einem möglichst breiten Informationsangebot: Sport, Unterhaltung, Service, Wetter und Politik. So erreichten klassische Medien unterschiedliche Teile der Bevölkerung und führten sie regelmäßig mit politischen Themen zusammen.

In digitalen Medienumgebungen verschiebt sich dieses Modell. Erfolgreich sind häufig spezialisierte Angebote, die klar umrissene Interessen direkt bedienen: Sportangebote für Sportinteressierte, Wetter-Apps für alle oder politische Kanäle für politisch Interessierte.

Aus Sicht der Einzelnen ist diese Entwicklung zunächst ein Gewinn. Für allgemeine Nachrichtenanbieter wird es allerdings schwieriger, unterschiedliche Gruppen dauerhaft zu erreichen und an sich zu binden. Gesellschaftlich entsteht damit ein Problem: Je stärker sich das Publikum aufteilt, desto seltener entsteht eine geteilte kollektive Aufmerksamkeit.

Verschiedene Medienangebote bündeln

Früher konnten große Medien ausgewählten politischen Akteuren oder Themen Zugang zu einer Massenöffentlichkeit verschaffen. Heute muss Aufmerksamkeit häufig über verschiedene Kanäle und Medienangebote hinweg zusammengeführt werden. Solche Bündelung entsteht in digitalen Kommunikationsumgebungen oft kurzfristig und ereignisgetrieben. Sie wird nicht mehr allein von einzelnen Redaktionen oder politischen Institutionen organisiert.

Skandale, Fehltritte und zugespitzte Deutungen können sich über Social Media rasch verbreiten und anschließend von klassischen Medien aufgegriffen werden. Für die Betroffenen kommt dies häufig überraschend. Beispiele sind Armin Laschets Lachen während eines Besuchs im Flutgebiet in Erftstadt im Bundestagswahlkampf 2021 oder die digitale Kampagne um Frauke Brosius-Gersdorfs Kandidatur für das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2025.

Auch in einem fragmentierten Mediensystem kann Aufmerksamkeit also gesellschaftsweit gebündelt werden. Diese Bündelung ist allerdings weniger langfristig planbar. Sie entsteht durch die vernetzte Verstärkung vieler einzelner Beiträge. Empörung, Spott und Konflikt erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Thema weit sichtbar wird. Hinzu kommt die fortlaufende Übernahme erfolgreicher Formate. Wird eine bestimmte Darstellung häufig angesehen und geteilt, greifen andere Akteure sie auf und verändern sie für ihre eigenen Zwecke.

Besonders deutlich zeigt sich diese Dynamik in der Kommunikation Donald Trumps. Trump erzeugt gezielt Kontroversen in digitalen Kanälen. Diese Kontroversen werden zum Gegenstand weiterer Beiträge und anschließend von klassischen wie digitalen Medien aufgegriffen. Auf diese Weise gelingt es ihm regelmäßig, breite Aufmerksamkeit zu bündeln, Themen zu setzen oder die Aufmerksamkeit von anderen Themen abzulenken.

Man kann dieses Vorgehen als Grenzüberschreitung und mediale Pathologie kritisieren. Damit ist jedoch noch nicht erklärt, warum es so zuverlässig funktioniert. Trumps Kommunikation macht Eigenschaften der gegenwärtigen Medienumgebung sichtbar. Aufmerksamkeit entsteht zunehmend im Zusammenspiel von politischen Akteuren, Plattformen, Nutzerinnen und Nutzern sowie journalistischen Medien. Wer Konflikte auslöst, erzeugt damit Material für eine Vielzahl weiterer Akteure. Auch kritische Reaktionen können die Reichweite der ursprünglichen Botschaft erhöhen.

Will man heute Wahlkampf führen, muss man diese Regeln digitaler Öffentlichkeit und ihre Verzahnung mit klassischen Medien verstehen. Dazu gehört die Rolle von Plattformen wie Instagram,

Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Wer politische Öffentlichkeit verstehen und gestalten will, muss deshalb die Eigenschaften und Wirkmechanismen von sozialen Medien ernst nehmen.

TikTok, YouTube oder X. Wie analoge Medienangebote bringen diese Plattformen Informationsanbieter und Publikum zusammen. Sie übernehmen damit eine Gatekeeperfunktion für den politischen Diskurs.

Die Macht der Sichtbarkeit

Die Form dieses Gatekeepings hat sich allerdings verändert. In der massenmedialen Öffentlichkeit entschieden Journalistinnen und Journalisten darüber, welche Stimmen und Geschichten in Zeitung, Radio oder Fernsehen erschienen. Auf Social Media können politische Akteure ihre Beiträge zunächst selbst veröffentlichen. Plattformen und ihre Empfehlungssysteme beeinflussen anschließend, welche dieser Beiträge verstärkt angezeigt werden und welche weitgehend unsichtbar bleiben.



Gatekeeper entscheiden heute daher weniger darüber, wer grundsätzlich Zugang zur Öffentlichkeit erhält. Ihre Macht liegt stärker in der Verteilung von Sichtbarkeit. Diese Verschiebung von Zugangs- zu Sichtbarkeitskontrolle gehört zu den wichtigsten Veränderungen politischer Kommunikation. Sie erklärt auch einen Teil der Sorgen über digital verbreitete Desinformation. Qualitätskontrolle findet häufig erst nach der Veröffentlichung statt. Zu diesem Zeitpunkt können falsche oder irreführende Aussagen bereits große Reichweite erzielt haben. Plattformen erweitern den Kreis der Akteure, die politische Inhalte veröffentlichen können. Sie lösen damit auch frühere Formen der Vorauswahl und Prüfung teilweise auf.

Für Wahlkämpfe entstehen daraus neue Möglichkeiten. Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten können ihre Inhalte ohne vorherige Zustimmung einer Redaktion veröffentlichen. Neue Parteien und ressourcenschwächere Kandidaturen können dadurch Öffentlichkeit erreichen, die ihnen früher kaum zugänglich gewesen wäre. Sie können Repräsentationslücken sichtbar machen und neue Unterstützergruppen mobilisieren.

Diese größere Offenheit erhöht zugleich die Unruhe des politischen Wettbewerbs. Parteien reagieren schneller auf neue Themen und Stimmungen. Das kann demokratische Responsivität stärken, wenn bislang wenig beachtete Anliegen Gehör finden. Es kann auch zu einer hektischen Orientierung an kurzfristigen Aufmerksamkeitswellen führen.

Gesellschaften müssen lernen, mit dieser neuen Dynamik gelassener umzugehen. Nicht jede digitale Aufregung ist Ausdruck einer stabilen Veränderung öffentlicher Meinung. Hohe Sichtbarkeit bedeutet nicht automatisch breite Zustimmung. Gerade politische und journalistische Akteure müssen deshalb besser unterscheiden, ob eine digitale Dynamik auf ein dauerhaftes gesellschaftliches Anliegen verweist oder vor allem aus den Verstärkungsmechanismen einer Plattform entsteht.



Etablierten Kandidaten und Parteien fällt das Experimentieren mit neuen Kanälen häufig schwer – das sollte sie jedoch nicht vom Lernen abhalten. Alte Kommunikationswege verlieren in Teilen des Publikums an Wirkung. Die Entwicklung politischer Kommunikation hält nicht an, wenn etablierte Akteure auf neue Formate verzichten. Sie findet dann lediglich ohne sie statt. Parteien, die keine überzeugende Präsenz in neuen Kommunikationsräumen entwickeln, geben einen wichtigen Teil des politischen Wettbewerbs auf. Parteien müssen wissen, welche Publikumsgruppen sie wie erreichen wollen und welche Formen der Kommunikation zu ihren politischen Zielen passen. Sie müssen Formate testen, aus Fehlern lernen und erfolgreiche Ansätze verstetigen. Digitale Kommunikation wird damit zu einer dauerhaften organisatorischen Aufgabe und darf nicht erst wenige Wochen vor einer Wahl beginnen.

TikTok entscheidet keine Wahl. Die Plattform und ihre Konkurrenten verändern jedoch die Bedingungen, unter denen politischer Wettbewerb stattfindet. Sie erleichtern den Zugang zur Öffentlichkeit und verteilen Sichtbarkeit nach eigenen Regeln. Sie ermöglichen neuen Akteuren, ein Publikum aufzubauen, und setzen etablierte Parteien unter Anpassungsdruck.

Digitaler Wandel lässt sich nicht aussitzen. Ob er die Demokratie stärkt oder schwächt, hängt von den politischen Akteuren ab, die seine Möglichkeiten nutzen und wofür sie diese einsetzen.

Prof. Dr. Andreas Jungherr
hat den Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere Digitale Transformation, an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg inne. Er ist Mitglied im Direktorium des bidt, einem Institut der BAdW.

Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell


ngs,
ch. Oh
Gendern
wieder)
Energi

Soziales Netzwerk geht auch anders

Soziale Medien ohne Algorithmen, Empörungsökonomie und Manipulation? Das bietet das **#Fediverse**. Vom Klickfang zum Diskursraum – eine Anleitung für den Wechsel.



Von **David Lohner**



Um das Fediverse zu verstehen, hilft ein Blick auf die E-Mail. Es spielt keine Rolle, ob ich meinen Account bei meiner Uni, einem Tech-Giganten oder auf einem kleinen privaten Server habe – ich kann all meinen Kontakten Mails schreiben, unabhängig davon, bei welchem Anbieter sie sind. Möglich macht das ein offener, dezentraler Standard. Wir würden niemals akzeptieren, dass Personen mit einer Adresse bei einem Anbieter wie etwa Gmail, Posteo oder Outlook nur Nutzenden bei demselben Anbieter schreiben könnten.

Kurioserweise haben wir diese Silo-Logik bei kommerziellen Social-Media-Plattformen von Anfang an hingenommen. Das Fediverse (ein Kofferwort aus Federation und Universe) reißt diese Mauern ein. Die Architektur basiert – wie eine E-Mail – auf offenen Standards, dazu mit einer Non-Profit-Logik. Es ist kein zentraler Dienst im Besitz eines einzelnen transnationalen Konzerns, sondern ein Verbund aus Tausenden unabhängigen Servern, den sogenannten Instanzen. Wer sich auf dem Microblogging-Dienst Mastodon anmeldet, kann nahtlos Accounts auf der Videoplattform PeerTube oder dem Bildnetzwerk Pixelfed folgen, deren Inhalte kommentieren und teilen. Das gemeinsame Band ist der offene Standard namens ActivityPub.

Während das Netzwerk lange als Nische für technikaffine Pioniere galt, übernehmen nun öffentliche und bildungspolitische Akteure das Ruder. Neben einigen wissenschaftlichen Einrichtungen nutzen längst auch öffentlich-rechtliche Institutionen das Fediverse, etwa auf ARD.social, ZDF.social oder bund.social.

Hochschulen können hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie das Fediverse als dritten Pfeiler ihrer infrastrukturellen Evolution begreifen. Nachdem dezentrale E-Mail-Protokolle etabliert wurden und das Bereitstellen von Campus-WLAN wie eduroam folgte, stellt der Aufbau eigener Social-Media-Instanzen die logische Fortsetzung dar.

Der Nutzen ist immens: Die Institution bürgt für die Authentizität der Accounts, was Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Profile steigert. Es entsteht ein Raum für offene Wissenschaft, in dem Erkenntnisse ausgetauscht werden, ohne dass Daten der Nutzerinnen und Nutzer für kommerzielle Zwecke abgeschöpft werden.

Für die private Nutzung bietet das Fediverse einen längst vergessenen Luxus: Kontrolle über den eigenen Medienkonsum.

So gelingt der Einstieg

Der Weg in diese Welt ist viel unkomplizierter, als der technische Unterbau vermuten lässt. Wer den klassischen, textbasierten Austausch sucht, greift zu Mastodon; wer den Fokus auf Bilder legen möchte, wählt Pixelfed. Nutzt man die offiziellen Apps, kann man sich auf der Standard-Instanz der Entwickler (wie mastodon.social oder pixelfed.de) registrieren. Von dort aus kann man per Suchfunktion oder über thematische Hashtags sofort in Diskussionen eintauchen.

Für die private Nutzung bietet das Fediverse einen längst vergessenen Luxus: Kontrolle über den eigenen Medienkonsum. Wer kommerzielle Netzwerke verlässt, spürt oft schon nach kurzer Zeit den Wandel von der berüchtigten Fear Of Missing Out (FOMO) hin zur Joy Of Missing Out (JOMO). Da die Timeline chronologisch sortiert ist, kommt man nach einiger Zeit an den Punkt, an dem man bereits gelesene Beiträge erreicht. Spätestens das ist der Zeitpunkt, an dem man die App guten Gewissens schließen kann.

Zudem glänzt das Fediverse durch kleine, thematisch stark fokussierte Communities: Egal, ob man sich auf bildung.social über (hoch-)schulische Inhalte austauscht oder auf einer Instanz der eigenen Kommune ein Netzwerk sucht – der Austausch ist konzentriert und werbefrei. Wer einmal diese ruhige, nutzerzentrierte Variante von Social Media kennengelernt hat und sich nicht mehr durch Clickbaiting und Contentmarketing wühlen muss, will nie wieder zurück in die lauten, kommerziellen Walled Gardens, wie geschlossene und kontrollierte Werbe- und Datenräume genannt werden. Meta mit Netzwerken wie Facebook, Instagram oder WhatsApp ist wohl eines der bekanntesten Beispiele.

Das Fediverse massentauglich zu machen, ist ein Marathon, kein Sprint. Wir stehen an einem gesellschaftlichen Wendepunkt: Es liegt an uns, ob wir zulassen, dass die Infrastruktur der öffentlichen Debatte weiterhin den Marktlogiken weniger Tech-Konzerne unterworfen bleibt, oder ob wir den dezentralen Raum als öffentliches Gut begreifen. Das föderierte Netz ist längst nicht nur ein neues Werkzeug, es ist das Fundament für ein souveränes und demokratisches Internet. Je mehr Content wir dort hineingeben, desto attraktiver wird es für alle anderen.

David Lohner
ist Didaktiker und Learning Experience Designer am Nationalen Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWik). Außerdem leitet er die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Hochschuldidaktik (dghd). Er setzt sich für eine freie und offene Bildung (im digitalen Raum) ein.

Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell



Frauenfeindlichkeit 2.0

Ob Deutschland, Brasilien oder Indien: Online-Frauenfeindlichkeit trifft politisch aktive Frauen weltweit und schränkt ihre Sichtbarkeit und Teilhabe ein. Wie globale Muster und lokale Kontexte **#digitaleGewalt** prägen – und was dagegen hilft.

Von **Luise Koch** und **Jürgen Pfeffer**



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell



Als der Fall der deutschen Fernsehmoderatorin und Schauspielerin Collien Fernandes im Frühjahr 2026 öffentliche Diskussionen bestimmte, rückte ein Thema in den Mittelpunkt, das für viele Betroffene keineswegs neu ist: digitale sexualisierte Gewalt. Der Fall machte sichtbar, dass digitale Gewalt nicht nur „online" ist. Digitale Gewalt kann beschämen, einschüchtern und Menschen die Verfügung über das eigene Bild und die eigene Öffentlichkeit entziehen. Zugleich steht der Fall nur für einen besonders sichtbaren Ausschnitt eines breiteren Problems: Digitale Gewalt umfasst auch Drohungen, Doxxing, Desinformation, koordinierte Hasswellen, technologiegestütztes Stalking sowie Angriffe auf Aussehen, Kompetenz, Herkunft, Religion, Familie oder politische Positionen.

Angriffe treffen politische Sichtbarkeit

Für politisch aktive Personen ist diese Bandbreite besonders folgenreich. Politikerinnen, Aktivisten, Journalisten, Wissenschaftlerinnen und andere öffentlich engagierte Menschen nutzen digitale Plattformen, um Positionen sichtbar zu machen, Wahlkampf zu führen oder gesellschaftliche Missstände zu benennen. Angriffe treffen deshalb nicht nur Privatpersonen, sondern auch politische Sichtbarkeit, Handlungsspielräume und demokratische Teilhabe.

Hier setzte das inzwischen abgeschlossene, vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation, einem BAdW-Institut, geförderte Projekt Misogyny 2.0 an. Für Deutschland, Indien und Brasilien untersuchte das Projektteam, wie politisch aktive Menschen digitale Gewalt erleben – mit besonderem Fokus auf geschlechtsspezifische Muster und die Erfahrungen von Frauen. Zentral war die Verbindung globaler Muster mit lokalen Sprachen und politischen Kulturen.

Digitale Gewalt strukturiert politische Sichtbarkeit. Sie beeinflusst, wer spricht, wer schweigt, wer sich schützt, wer sich zurückzieht und wer überhaupt bereit ist, eine öffentliche Rolle zu übernehmen.

Öffentliche Debatten über digitale Gewalt kreisen oft um zwei Fragen: Wer ist häufiger von digitaler Gewalt betroffen? Und was ist noch von der Meinungsfreiheit gedeckt? Beide Fragen sind wichtig, aber sie reichen nicht aus. Die demokratische Bedeutung digitaler Gewalt wird erst sichtbar, wenn man drei Ebenen unterscheidet: Wer wird angegriffen? Wie wird angegriffen? Und was bewirken diese Angriffe?

Gerade der Geschlechtervergleich ist dafür zentral. Digitale Gewalt betrifft politisch aktive Menschen insgesamt. Sowohl Männer als auch Frauen erleben Beleidigungen, Drohungen und Angriffe auf ihre politischen Positionen. Die geschlechtsspezifische Dimension zeigt sich dabei oft weniger in der reinen Häufigkeit als in der Form und Bedeutung der Angriffe. Frauen erleben eher sexualisierte, körperbezogene, herablassende oder delegitimierende Angriffe. Es heißt dann nicht etwa: „Deine Position zur Migrationspolitik ist schei*e", sondern: „Frauen wie du sollten sich lieber um ihre Familie kümmern, statt Politik zu machen." Diese Verschiebung ist entscheidend: Nicht die politische Position wird argumentativ angegriffen, sondern die Legitimität der Sprecherin als politische Akteurin.

Solche Angriffe können Frauen in öffentlichen Rollen als „fehl am Platz" markieren und damit digitale Räume



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

informell regulieren: Wer darf sichtbar sein? Wer gilt als glaubwürdig? Wer muss zusätzliche Arbeit leisten, um überhaupt weiter sprechen zu können? Diese Perspektive ist wichtig, weil digitale Gewalt nicht nur durch einzelne besonders extreme Posts wirkt. Sie wirkt auch durch Wiederholung, Öffentlichkeit und die Erwartung, jederzeit wieder angegriffen werden zu können. In der Forschung zu digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt wird deshalb zunehmend betont, dass Online-Frauenfeindlichkeit nicht nur als Reihe einzelner Vorfälle verstanden werden sollte. Sie wirkt als alltägliche, strukturell eingebettete Gewaltform: Frauen in öffentlichen Rollen werden kulturell infrage gestellt, durch Plattformlogiken sichtbarer und angreifbarer gemacht und gezwungen, Zeit, Energie und emotionale Arbeit in Selbstschutz zu investieren, statt in ihre eigentliche Arbeit.

Wenn junge Frauen und Mädchen beobachten, wie Kandidatinnen beschimpft, sexualisiert oder bedroht werden, kann dies politische Ambitionen dämpfen, noch bevor sie entstehen.

Drei Fallstudien, drei Einsichten

Die Fallstudien zu Deutschland, Brasilien und Indien sind methodisch und kontextuell unterschiedlich; ihr gemeinsamer Beitrag liegt darin, sichtbar zu machen, wie digitale Gewalt politische Teilhabe in unterschiedlichen Kontexten strukturiert.

Die deutsche Fallstudie zeigt, welche Auswirkungen Betroffene auf ihr politisches Engagement berichten. In der gemeinsam mit HateAid durchgeführten Studie „Angegriffen & alleingelassen“ wurden 1.114 politisch engagierte Personen befragt. Mehr als jede zweite befragte Person berichtete von digitaler Gewalt. Unter den befragten Frauen waren 63 Prozent betroffen, unter den befragten Männern 53 Prozent. Besonders deutlich wurde der Unterschied bei den Formen der Gewalt: Frauen berichteten deutlich häufiger von sexualisierten und misogynen Angriffen. Viele Betroffene schränken ihre Social-Media-Nutzung ein, passen Ton und Inhalte an oder denken über Rückzug nach. Wenn Menschen Themen meiden oder ihre Sichtbarkeit reduzieren, verändert sich auch, wer im digitalen Raum hörbar bleibt.

Brasilien zeigt, wie eng Online-Frauenfeindlichkeit mit Wahlkampf und Polarisierung verknüpft sein kann. In den brasilianischen Daten betrifft digitale Gewalt politisch aktive Männer und Frauen, aber in unterschiedlicher Form. Eine Fallstudie mit 597 politisch aktiven Personen und sieben Interviews mit Politikerinnen legt nahe: Rund 70 Prozent der Befragten berichteten, in den vergangenen vier Wochen digitale Angriffe erlebt zu haben. Obwohl der Anteil bei Männern höher war als bei Frauen, waren Frauen deutlich stärker von geschlechtsspezifischen Angriffen betroffen.

Besonders sichtbar wird die demokratische Relevanz im Wahlkontext. Eine weitere Analyse von mehr als zehn Millionen Tweets rund um die brasilianischen Wahlen 2022 zeigte einen Zusammenhang

zwischen Angriffen und politischer Sichtbarkeit: Misogyne Angriffe in einer Kalenderwoche gingen mit geringerer Twitter-Aktivität der betroffenen Kandidatinnen in der Folgewoche einher. Digitale Gewalt „wirkt" also auch schon lange bevor betroffene Frauen die Politik verlassen. Bereits reduzierte Sichtbarkeit während entscheidender Kampagnenphasen kann politische Repräsentation beeinträchtigen. Dazu kommt: Digitale Gewalt wird öffentlich mitgelesen. Wenn junge Frauen und Mädchen beobachten, wie Kandidatinnen im Netz beschimpft, sexualisiert oder bedroht werden, kann dies politische Ambitionen dämpfen, noch bevor sie entstehen.

Die indische Fallstudie erweitert den Blick auf die politische Teilhabe jenseits des Parlaments. Denn sie findet nicht nur in Parteien, Parlamenten oder Wahlkämpfen statt, sondern umfasst auch Advocacy-Arbeit, Aktivismus, Journalismus, Wissenschaft, Studierendenvertretungen und Policy-Arbeit. Die Untersuchung des breiteren Ökosystems politischer Sichtbarkeit zeigt, dass Online-Frauenfeindlichkeit intersektional verstanden werden muss: Angriffe richten sich nicht nur gegen Frauen als Frauen, sondern verschränken Geschlecht mit weiteren zugeschriebenen oder tatsächlichen Identitäts- und Zugehörigkeitsmerkmalen, wie etwa Kaste, Religion, Herkunft, Sprache, sozialem Status oder sexueller Orientierung. Deshalb müssen Forschung und Gegenmaßnahmen lokal verankert sein.

Lokale Kontexte und KI

Diese Befunde haben technische Konsequenzen. Wer Online-Frauenfeindlichkeit automatisiert mit Künstlicher Intelligenz erkennen will, kann nicht einfach englischsprachige Modelle auf deutsche, indische oder brasilianische Debatten übertragen. Misogynie arbeitet mit lokalen Codes, Ironie, Anspielungen, Dialekten, politischen Referenzen und kulturellen Stereotypen. Was in einem Kontext als offensichtliche Abwertung verstanden wird, kann in einem anderen Kontext für Außenstehende unsichtbar bleiben. Entscheidend sind dabei nicht nur grobe Oberbegriffe wie „Misogynie" oder „Toxizität", sondern detaillierte Labelbeschreibungen, die lokale politische Dynamiken, kulturelle Codes und sprachliche Umgehungsstrategien abbilden. In Brasilien tauchen beispielsweise misogyne Angriffe unter anderem in kulturell codierten Tiermetaphern auf.

Wichtig ist: KI ist kein Ersatz für Verantwortung. Automatisierte Erkennung kann Fehler machen, besonders bei Ironie, Mehrsprachigkeit oder kulturell codierten Angriffen. Technische Früherkennung ist dann hilfreich, wenn sie Betroffene entlastet, Institutionen handlungsfähiger macht und Plattformen stärker in die Verantwortung nimmt; nicht, wenn sie Verantwortung auf Betroffene oder technische Systeme verschiebt.

Systemische Risiken

Der Digital Services Act der EU ist ein wichtiger Schritt, weil er die Perspektive von der Löschung einzelner Inhalte hin zu systemischer Plattformverantwortung verschiebt: Sehr große Plattformen müssen Risiken für Grundrechte, öffentliche Debatten und Wahlprozesse bewerten und mindern. Für Online-Frauenfeindlichkeit bedeutet das: Entscheidend ist nicht nur, ob einzelne Posts verschwinden. Entscheidend ist, ob Plattformen Risiken systematisch erkennen, koordinierte Angriffe eindämmen, Meldewege verbessern, Betroffenen Auskunft ermöglichen und unabhängiger Forschung Zugang zu Daten geben.

Digitale Gewalt wird häufig als etwas behandelt, das einzelne Frauen erleben, aushalten, melden oder ignorieren müssen. Der Geschlechtervergleich in den drei Ländern legt eine andere Lesart nahe. Digitale Gewalt strukturiert politische Sichtbarkeit. Sie beeinflusst, wer spricht, wer schweigt, wer sich schützt, wer sich zurückzieht und wer überhaupt bereit ist, eine öffentliche Rolle zu übernehmen.

Es geht nicht darum, politisch aktive Frauen „resilienter" zu machen. Resilienz kann im Einzelfall helfen, aber sie ist keine demokratische Strategie. Eine demokratische digitale Öffentlichkeit entsteht nicht dadurch, dass Betroffene lernen, Gewalt auszuhalten, sondern dadurch, dass Plattformen, Institutionen und Gesellschaft Verantwortung für ihre Bedingungen übernehmen.

Dr. Luise Koch
wurde 2026 an der TUM School of Social Sciences and Technology promoviert. Ihre Dissertation ist Teil des Forschungsprojektes „Online-Feindlichkeit gegenüber politisch aktiven Frauen verstehen, erkennen und entschärfen (Misogyny 2.0)", gefördert vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) der BAdW.

Prof. Dr. Jürgen Pfeffer
hat den Lehrstuhl für Computational Social Science an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Technologie der TU München inne. Er forschte ebenfalls im Rahmen des bidt-Projekts Misogyny 2.0.



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell



Angriffe treffen deshalb nicht nur Privatpersonen, sondern auch politische Sichtbarkeit, Handlungsspielräume und demokratische Teilhabe.



Plattform(en) regeln

Die EU will mit dem **#DigitalServicesAct** Ordnung ins Netz bringen – doch zwischen vagen Pflichten und mächtigen Algorithmen bleibt die Frage: Reicht das gegen die Macht von Big Tech?

Von **Christoph Neuberger**



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Auf der Gästeliste zur zweiten Amtseinführung von Donald Trump als Präsident der USA standen Elon Musk (X), Jeff Bezos (Amazon), Mark Zuckerberg (Meta), Tim Cook (Apple), Sundar Pichai (Alphabet), Shou Zi Chew (TikTok) und Sam Altman (OpenAI). Die illustre Runde, die sich am 20. Januar 2025 auf dem Kapitol traf, war nicht nur Ausdruck der Bedeutung von „Big Tech", sondern vor allem der Nähe ihrer Chefs zum politischen Machtzentrum der USA. Einige von ihnen hatten für Trumps Wahlkampf und seine Inaugurationsfeier erhebliche Beträge gespendet. Der enge Schulterschluss mit der neuen Regierung lohnte sich offenbar. Wenig später, im Februar 2025 attackierte Vizepräsident JD Vance in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz europäische Staaten, denen er Einschränkungen der Meinungsfreiheit und digitale Zensur vorwarf – auch durch die Regulierung sozialer Medien, die sich gegen Hasskommentare und Falschinformationen richtet. Die Plattformen begannen, Maßnahmen zur Qualitätssicherung rückgängig zu machen. So beendete Mark Zuckerberg die Zusammenarbeit mit Factcheckern.

Deutlich zeigte sich hier der Gegensatz im Freiheitsverständnis: Auf der einen Seite steht der absolute Vorrang der Freiheit in den USA, was auch bedeutet, dass Unternehmen kaum Schranken gesetzt werden. Demgegenüber steht die Abwägung der Freiheit mit anderen Grundrechten in der Regulierung der Europäischen Union. Der Zensurvorwurf, der rechtsstaatliche Verfahren mit autoritären Praktiken gleichsetzt, richtet sich vor allem gegen den 2022 beschlossenen Digital Services Act (DSA). Diese EU-Verordnung definiert Sorgfaltspflichten für ein transparentes und sicheres Online-Umfeld und vereinheitlicht die Vorschriften im EU-Binnenmarkt.

Umstritten: Haftungsprivileg für Plattformen

Dabei genießen Plattformunternehmen nicht nur in den USA, sondern auch in der Europäischen Union eine Sonderstellung: Sie profitieren von einem Haftungsprivileg, das sie weitgehend von der Verantwortung für Inhalte freistellt, die beispielsweise Influencer oder Unternehmen auf ihren Plattformen veröffentlichen. Plattformen gelten als neutrale Infrastruktur und Informationsvermittler, die angeblich – im Unterschied zu den Medien – keinen Einfluss auf Wirklichkeitsbilder und Meinungsbildung haben. Diese Annahme war jedoch immer schon falsch: Auch ohne eigene Inhalte zu produzieren, nehmen sie Einfluss, weil ihre



Mit Hilfe ihrer überlegenen Plattform- und KI-Technologie können „Big Tech“-Unternehmen erhebliche ökonomische, politische und publizistische Macht bündeln.


HASS



Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Empfehlungsalgorithmen fremde Inhalte selektieren, priorisieren und aggregieren. Die empirische Medienforschung hat immer wieder gezeigt, dass allein durch die Auswahl von Informationen und Meinungen Themen verzerrt dargestellt und die Meinungsbildung einseitig beeinflusst werden kann. Außerdem werden die Plattformen aus der Verantwortung für Inhalte entlassen, mit denen sie zugleich viel Geld auf dem Werbemarkt verdienen. Dort verdrängen sie wiederum journalistische Medien, die rechtlichen und professionellen Standards gerecht werden müssen, um Meinungsvielfalt und -bildung in der Demokratie zu fördern. Die Wettbewerbsbedingungen sind also ungleich für Plattformen und Medien. Aus diesen Gründen ist das Haftungsprivileg heute sehr umstritten und wird schrittweise auch schon eingeschränkt, etwa im Urheberrecht und Datenschutz.

Der DSA schreibt das Haftungsprivileg fort – fordert aber von sehr großen Plattformen und Suchmaschinen, dass sie „systemische Risiken“ und Maßnahmen zu ihrer Minderung managen.

Von Dienstleistern zu politischen Akteuren

Lange Zeit galt die Annahme, dass Plattformunternehmen sich nicht mit eigenen Inhalten an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligen und sie in erster Linie ökonomische Ziele verfolgen. Sie musste korrigiert werden, seit Elon Musk die Plattform X und Donald Trump Truth Social als politisches Sprachrohr verwenden, um ungefiltert und in hoher Frequenz ihre Kommentare zum Weltgeschehen zu verbreiten. Musk hat sich als „Chief Amplifier des globalen Autoritarismus“ (Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey) in die politischen Debatten anderer Länder eingemischt – auch zu Gunsten der AfD im Bundestagswahlkampf 2025.

Vergrößert wird die Aufmerksamkeit zusätzlich durch Medien, die X und Truth Social oft als Quelle nutzen oder Aktivitäten darauf zum Thema machen – wie etwa im Fall des Gesprächs, das Elon Musk mit Alice Weidel auf X vor der Bundestagswahl 2025 geführt hat. Die „Big Tech“-Bosse sind selbst Celebrities, deren Aussagen und Auftritte – wie Jeff Bezos' Traumhochzeit in Venedig im Juni 2025 – den Medien stets eine Nachricht wert ist.

Der DSA soll die Machtverhältnisse zwischen Plattformen und Nutzenden zurechtrücken. Mit Hilfe ihrer überlegenen Plattform- und KI-Technologie können „Big Tech“-Unternehmen erhebliche ökonomische, politische und publizistische Macht bündeln. Die ökonomische Macht der Plattformen ergibt sich daraus, so der Berliner Soziologe Philipp Staab, dass sie digitale Märkte im Privatbesitz organisieren und kontrollieren. Sie können Anbietern weitreichende Bedingungen setzen, weil sie oft über ein Monopol verfügen, begünstigt durch Netzwerkeffekte und den Zugang zu Daten. „Big Tech“-Unternehmen setzen ihre ökonomische Macht ein, um politische Macht durch Wahlkampfspenden und publizistische Macht durch Plattform- und Medienbesitz zu gewinnen. So hat Jeff Bezos 2013 mit der „Washington Post“ eine der renommiertesten Tageszeitungen der USA gekauft, deren politische Linie er nun bestimmt. Wesentliche Teile der politischen Information und der öffentlichen Meinungsbildung haben sich in die sozialen Medien verlagert. Publizistische Macht kann wiederum in politische und ökonomische Macht konvertiert werden. Dadurch könnte ein sich selbst verstärkender Kreislauf der Machtkonzentration in Gang gesetzt werden, durch den

Auch ohne eigene Inhalte zu produzieren, nehmen Social-Media-Plattformen Einfluss, weil ihre Empfehlungsalgorithmen fremde Inhalte selektieren, priorisieren und aggregieren.



einzelne Tech-Milliardäre wachsenden Einfluss in allen gesellschaftlichen Bereichen bekommen.

Unklar: Was sind systemische Risiken?

Der DSA schreibt das Haftungsprivileg fort – fordert aber von sehr großen Plattformen und Suchmaschinen, dass sie sogenannte „systemischer Risiken" und Maßnahmen zu ihrer Minderung managen. Was systemische Risiken sind, ist aber durchaus unklar. Artikel 34 des DSA listet einige dieser Risiken exemplarisch auf: die Verbreitung rechtswidriger Inhalte, nachteilige Auswirkungen auf die Ausübung von Grundrechten, auf gesellschaftliche Debatten und Wahlprozesse, geschlechtsspezifische Gewalt, Schutz der öffentlichen Gesundheit und Minderjähriger sowie schwerwiegende nachteilige Folgen für das körperliche und geistige Wohl einer Person. Es geht also um Schäden für eine Vielzahl von Menschen und um Makroeffekte, die eintreten, wenn das Funktionieren der öffentlichen Meinungsbildung in der Demokratie beeinträchtigt ist.

Die möglichen Risiken sind – ganz zu Recht – offen definiert, weil sie sehr vielfältig sind und sich rasch ändern können. Plattformen wie Facebook, YouTube, Instagram und TikTok sind Universaldienste, die jede Art von Kommunikation und jeden Lebensbereich durchdringen. Sie müssen systematisiert und empirisch gemessen werden. So werden negative Auswirkungen von Plattformen auf die politische Öffentlichkeit in der liberalen Demokratie seit vielen Jahren intensiv untersucht. Sie betreffen Werte wie Freiheit, Gleichheit, Diskursqualität (statt Hassrede und Polarisierung), Nachrichtenqualität (statt Desinformation), Sicherheit und gesellschaftliche Integration (statt Echokammern und Filterblasen). Die Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt", die das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingesetzt hat, lieferte in ihrer Bestandsaufnahme im April 2026 eine breite Übersicht über Risiken für diese Zielgruppe. Durch generative KI kommen neue, noch kaum abschätzbare Risiken hinzu.

Hier wartet eine große Aufgabe für die Forschung. Eine Rückkopplung zwischen Regulierung und Forschung ist in Artikel 40 des DSA vorgesehen. Dort wird der unabhängigen Forschung Zugang zu Daten der Plattformen eingeräumt, damit sie systemische Risiken und Maßnahmen zu ihrer Minderung analysieren kann. Allerdings erweist sich die Umsetzung juristisch und praktisch als kompliziert. Die DSA 40 Data Access Collaboratory, eine Initiative des Weizenbaum-Instituts und der European New School of Digital Studies, setzt sich für den reibungslosen Datenzugang für die Forschung ein.

Neben der Forschung bedarf es eines normativen Rahmens, in dem Risiken, aber auch Chancen digitaler Technologien bestimmt werden. In der Deklaration für digitale Souveränität haben die 27 Mitgliedsstaaten der EU im Dezember 2025 die Ziele ihrer Digitalpolitik festgehalten: Europa soll Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftliche Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Vertrauen stärken und die europäischen demokratischen Werte in der digitalen Welt bewahren. Ob zwischen der Regulierung der EU, die sich an gesellschaftlichen Risiken orientiert, und dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit ein Widerspruch besteht, ist eine viel diskutierte Frage. Anu Bradford von der Columbia Law School verneint sie und verweist auf die innovations- und wettbewerbsförderlichen Effekte: Die Regulierung vereinheitlicht nicht nur die Regeln im Binnenmarkt, sondern klärt auch Qualitätsstandards, an der sich die Nachfrage orientiert. Für sie ist Europa keineswegs verloren zwischen den beiden „Digital Empires" USA und China, sondern sie sieht einen „Brussels Effect", nämlich die globale Übernahme europäischer Standards.

Prof. Dr. Christoph Neuberger
ist Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor des Weizenbaum-Instituts. Dort forscht er über Nachrichtenvermittlung auf Plattformen und im Journalismus. Er ist Mitglied der BAdW.

Illustration: Natallia Drahun für Akademie Aktuell

Wissenschaftsfreiheit unter Druck

Ein Kommentar von
Thomas Hanitzsch

Illustration
Martin Fengel



Prof. Dr. Thomas Hanitzsch hat den Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der LMU München inne. Er war Präsident der International Communication Association und ist Mitglied der BAdW.

Wissenschaftsfreiheit steht unter Druck. Nicht nur in den USA, sondern ebenso in Deutschland. Auch wenn die Situation in den beiden Ländern nicht vergleichbar ist – an Beispielen mangelt es hierzulande nicht: die BMBF-Fördermittel-Affäre vom Mai 2024, die Bundestagsresolution gegen Antisemitismus an Hochschulen vom Januar 2025, abgesagte Vorträge von Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, an der LMU München und FU Berlin im Februar 2025.

Über diese anekdotische Evidenz hinaus zeigt sich der Trend auch im jährlich erscheinenden Academic Freedom Index: Dort zählt Deutschland zu den Ländern, in denen Wissenschaftsfreiheit zwischen 2015 und 2025 signifikant abgenommen hat. Eine repräsentative Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung weist auf eine zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit in der Bevölkerung hin. Fast die Hälfte der befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gab an, Anfeindungen, Beleidigungen oder konkrete Drohungen im Arbeitskontext erlebt zu haben. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft unlängst angeregt, innerdeutsche Exil-Optionen für angegriffene Forschende zu schaffen, falls sich die Lage weiter verschärft.

Während sich die Debatte auf externe Attacken gegen die Wissenschaft konzentriert, wird oft übersehen, dass eine nicht unerhebliche Zahl der Angriffe aus dem wissenschaftlichen Umfeld selbst kommt. In einer aktuellen Studie, die wir unter Mitgliedern der International Communication Association durchgeführt haben, gaben 21 % an, solche Attacken in den letzten 24 Monaten erfahren zu haben. Dazu zählen: Anfeindungen auf Social Media durch andere Forschende, Einschüchterungen von Wissenschaftlerinnen, die bestimmte Perspektiven vertreten, oder auch sexuell motivierte Übergriffe im beruflichen Kontext. Hier muss sich die Scientific Community an die eigene Nase fassen.

Hinzu kommt: Vor dem Hintergrund einer weltweit zunehmenden Inhumanität werden auch in der Wissenschaft Stimmen laut, die Forschende aus bestimmten Ländern und Regionen, etwa aus Israel und Palästina, kollektiv sanktionieren wollen. Es dient der Sache wenig, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Handlungen ihrer Regierungen verantwortlich zu machen, die sie oft selbst nicht unterstützen. Ausschlüsse und Boykotte aufgrund von Nationalität oder der regionalen Verortung der Hochschule sind diskriminierend und wirken zersetzend auf die auf Kooperation angewiesene internationale Wissenschaftsgemeinschaft. Sie führten im Ergebnis zu einer Selbstzermürbung von Wissenschaftsfreiheit. Deutlich sinnvoller ist hingegen, das unerfüllte Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit in Empathie und Solidarität mit den betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu gießen.

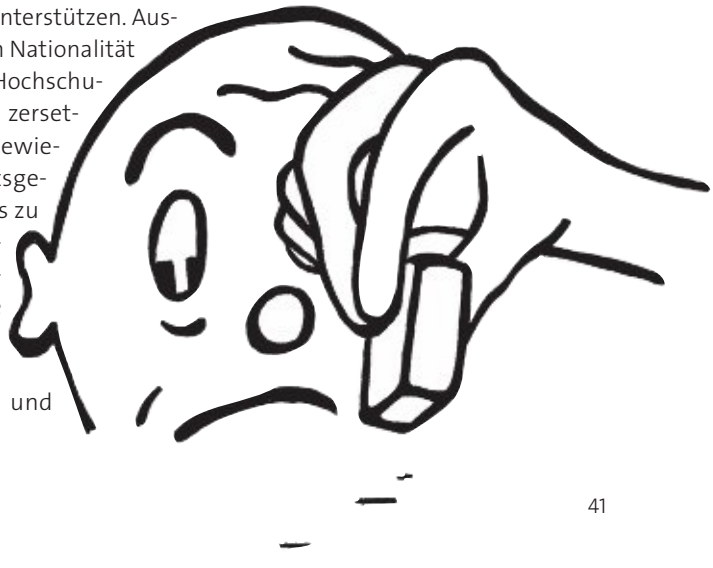


Foto: LMU 2023



Früh geprägt von Virginia Woolfs „A Room of One's Own“: Akademiemitglied Monika Schnitzer (LMU München), seit 2022 Vorsitzende der Wirtschaftsweisen.

In unserer Buch-Kolumne fragen wir Angehörige der Akademie nach ihrer aktuellen belletristischen Lektüre.

„Zur Entspannung: Krimis, Krimis, Krimis“

Warum sie die Kombination aus Geschichte und Geschichten liebt, erzählt die Wirtschaftswissenschaftlerin **Monika Schnitzer**.

Haben Sie ein Lieblings-Genre?
Zur Entspannung: Krimis, Krimis, Krimis. Eine meiner Lieblingsserien ist die SPQR-Reihe von John Maddox Roberts rund um einen Ermittler in der späten Römischen Republik. Als ernsthafte Lektüre reizen mich besonders Bücher, die anhand eines einzelnen Lebens ein ganzes historisches Zeitalter sichtbar machen, wie etwa Oskar Maria Grafs „Das Leben meiner Mutter“. Graf beschreibt auf sehr anschauliche Weise das entbehrungsreiche Leben seiner Mutter im ländlichen Oberbayern in der Zeit vom Kaiserreich bis zum Aufstieg des Nationalsozialismus.
Welches Buch haben Sie aus diesem Genre zuletzt gelesen?
In jüngerer Zeit habe ich Durs Grünbeins „Der Komet“ gelesen. Grünbein rekonstruiert den Lebensweg seiner Großmutter Dora, die aus Schlesien nach Dresden kommt und dort die Bombardierung der Stadt im Februar 1945 erlebt.
Was reizt Sie an dieser Art von Lektüre?
Mich fasziniert, dass diese Bücher Geschichte nicht aus der Perspektive der Mächtigen erzählen, sondern aus der von scheinbar gewöhnlichen Menschen, von Müttern, Vätern, Großmüttern und Großvätern der Autorinnen und Autoren, deren Lebenswege durch Krieg, gesellschaftliche Umbrüche, persönliche Verluste, aber auch kleine Glücksmomente geprägt wurden.
Welchen Satz aus welchem Buch können Sie auswendig?
Den ersten Satz in „Pride and Prejudice“ von Jane Austen: „It is a truth universally acknowledged that a single man in possession of a good fortune must be in want of a wife.”
Welche Bücher haben Sie nachhaltig geprägt?
In meiner Schulzeit: „A Room of One’s Own“ von Virginia Woolf und natürlich „Le deuxième sexe“ von Simone de Beauvoir. In meiner Studienzeit haben mich die Bücher von Uwe Johnson besonders beeindruckt, allen voran die vierbändigen „Jahrestage“. Sie schildern ein Jahr im Leben der Gesine Cresspahl mit ihrer zehnjährigen Tochter Marie in New York 1967/68. Die Mutter erzählt Marie die Geschichte ihrer Familie während des Nationalsozialismus, des Krieges und der frühen DDR, eingerahmt durch die täglichen Berichte aus der „New York Times“ zum Vietnamkrieg, zum Prager Frühling und vielen anderen Ereignissen. Drei Erzählebenen, die genial verwoben sind.
Welches Buch verschenken Sie immer wieder?
An junge Eltern: „Selfish Reasons to Have More Kids” von Bryan Caplan. Er gibt den Rat, sich bei der Kindererziehung nicht zu sehr zu stressen. Und er betont, dass mit der Zahl der Kinder die Chance auf Enkelkinder steigt, die Freude pur sind. Dem kann ich aus eigener Erfahrung nur zustimmen.
Welches Buch müsste man noch schreiben?
Ganz viele Bücher über die unzähligen „unsung heroines“ dieser Welt.
Bücher machen …
… nachdenklich, manchmal glücklich, manchmal beides.
Welchen Roman, der in der akademischen Welt spielt, haben Sie mit Genuss gelesen?
So gut wie keinen, das Genre meide ich.
Sachbuch oder Belletristik?
Aus beruflichen und zeitlichen Gründen: heute mehr Sachbuch als Belletristik.
E-Book oder Papier?
Aus praktischen Gründen: E-Book. Spart Platz im Koffer, die Schrift ist skalierbar, man kann auch bei schlechter Beleuchtung gut lesen.

Fragen: mo



Foto **Regina Recht** — Illustration **Kati Szilágyi**

Die Akademie hat gewählt: Im Frühjahr 2026 nahm die Gelehrtengemeinschaft wieder neue Mitglieder auf. Auch im Jungen Kolleg sind neue Kollegiatinnen und Kollegiaten hinzugekommen, die für die Dauer ihrer Förderung außerordentliche Mitglieder der Akademie sind. Wir stellen die Neuzugänge über das Jahr verteilt in „Akademie Aktuell“ vor.



Prof. Dr. Martin v. Koppenfels

Martin von Koppenfels hat den Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der LMU München inne. Sein Schwerpunkt liegt auf den romanischen Literaturen. Er ist ordentliches Mitglied der BAdW.

Was erforschen Sie?
Bei meinen Suchbewegungen durch die europäische Literaturgeschichte leitet mich in erster Linie das Interesse an der affektiven Dimension von Texten. Dabei geht es mir um die Fähigkeit der Literatur, in der Interaktion zwischen Text und Leser Affekte zu gestalten, zu verwandeln, zu verarbeiten. Es sind vor allem negative Affekte wie Angst, Trauer, Wut oder auch traumatischer Schrecken, an denen sich diese transformative Kraft bewähren muss. Der Wunsch, zu verstehen, wie dies möglich ist, führt mich regelmäßig ins Grenzgebiet zwischen Literaturwissenschaft und Psychoanalyse.
Wie erklären Sie Ihr Forschungsgebiet einem Kind?
Ich möchte verstehen, was Geschichten und Gedichte mit unseren Gefühlen machen, wenn wir sie lesen oder hören (in verschiedenen Sprachen – in jeder Sprache ist es anders). Und warum es fast immer irgendwie guttut, was da beim Lesen oder Hören passiert, auch wenn die Geschichte oder das Gedicht traurig ist.
Welche Frage würden Sie gerne stellen – und wem?
Ich wäre in Versuchung, Miguel de Cervantes zu fragen, aus welcher Quelle die unendlichen Dialoge des „Don Quijote“ fließen. Aber statt zu antworten, würde er eine Anekdote oder einen Witz erzählen.
Welche Begabung hätten Sie gerne?
Die Begabung zu erzählen. Dann müsste ich nicht über das Erzählen forschen.
Was treibt Sie an?
Unruhe.



Prof. Dr. Wolfgang Kießling

Wolfgang Kießling leitet den Lehrstuhl für Paläoumwelt an der FAU Erlangen-Nürnberg. Von 2016 bis 2023 gehörte er dem Weltklimarat IPCC an. Der Paläobiologe ist ordentliches Mitglied der BAdW.

Was ist Ihr Forschungsschwerpunkt?
Ich bin Paläontologe und erforsche schwerpunktmäßig die Evolution von Meeresorganismen und Ökosystemen auf sehr großen Raum-Zeitskalen; über Jahrmillionen und global. Besonders tropische Korallenriffe haben es mir angetan. Ich rekonstruiere die Entwicklung von Riffen in Zusammenhang mit früheren Klimaschwankungen und anderen Änderungen im Erdsystem.
Was treibt Sie an?
Einerseits unstillbare Neugierde. Wo immer ich draußen unterwegs bin, frage ich mich, weshalb das, was ich sehe, da ist und warum. Was ist die Rolle der tiefen Geschichte in diesem Ensemble? Andererseits treibt mich die Sorge um mein Fach an, das so faszinierend und erleuchtend, gleichzeitig aber stetig bedroht ist. Das ist typisch für kleine Fächer wie Paläoumwelt.
Welches Ziel verfolgen Sie als Wissenschaftler?
Meine Hauptfrage ist, wie die größten globalen Katastrophen – etwa Massenaussterben – verursacht wurden und welche Rolle dabei insbesondere der Klimawandel gespielt hat. Spezieller möchte ich wissen, was wir daraus für heute lernen können. Welche Arten, welche Ökosysteme, welche Regionen waren früher robuster als andere, und was können wir mit diesen Erkenntnissen anfangen, um uns heute besser für den Klimawandel zu wappnen?
Wie erklären Sie Ihr Forschungsgebiet einem Kind?
Ich erforsche Fossilien von Meerestieren. Wenn ich ganz genau hinschaue, verraten mir die versteinerten Tiere, was sie alles damals erlebt haben und wie Klimaänderungen ihnen zugesetzt haben. Mit Hitze hatten alle ein Problem.
Haben Sie ein (historisches) Vorbild in der Wissenschaft?
Auf jeden Fall Charles Darwin. Wie viel Geduld und Mut der Naturforscher aufbrachte, um seine Evolutionstheorie und damit ein völlig neues Weltbild zu kreieren, ist wirklich unglaublich. Das meiste schaffte er dabei durch sehr genaue Beobachtungen, tiefes Nachdenken und das Zusammenfügen scheinbar unzusammenhängender Daten. Wussten Sie, dass Darwin seinen wissenschaftlichen Durchbruch mit einer Theorie zu Korallenriffen erzielte, die auch heute noch gültig ist?

Fotos: privat; David Hartfiel/FAU

Ich würde gerne …
… mehr Sprachen können.
Wo möchten Sie leben?
Gerne in Franken mit sehr hoher Lebensqualität. Im Winter vielleicht da, wo mehr Sonne ist und Korallenriffe nicht weit sind – Australien würde Sinn machen.



Prof. Dr. Alessandra Moretti

Alessandra Moretti ist Professorin für Regenerative Medizin kardiovaskulärer Erkrankungen am Klinikum Rechts der Isar der TU München. Sie ist Mitglied des Center of Organoid Systems in Garching und ordentliches Mitglied der BAdW.

Worüber forschen Sie?
Ich forsche daran, wie das menschliche Herz entsteht und wie sich dieses Wissen für neue Therapien nutzen lässt. Es ist mir schon früh gelungen, multipotente kardiovaskuläre Vorläuferzellen zu identifizieren – ein Befund, der das Verständnis der Herzentwicklung grundlegend verändert hat.
Welches Ziel verfolgen Sie als Wissenschaftlerin?
Seither arbeite ich daran, Entwicklungsprozesse mithilfe humaner pluripotenter Stammzellen nachzubilden, Herzkrankheiten patientenspezifisch zu modellieren und regenerative Ansätze zu entwickeln, die bis in klinische Studien reichen.
Was treibt Sie an?
Mich motiviert, dass aus Grundlagenforschung konkrete Behandlungsoptionen entstehen können – etwa durch personalisierte Diagnostik, neue Medikamente oder präzise Gen- und Zelltherapien.
Mit welcher (auch historischen) Person würden Sie gerne diskutieren?
Diskutieren würde ich gerne mit Wilhelm His Jr., einem frühen Pionier der Herz-Entwicklungsbiologie. Ihm moderne Werkzeuge wie Einzelzellanalytik oder kardiale Organoide zu zeigen und zu erfahren, welche Fragen er damit verfolgen würde, wäre äußerst inspirierend.
Welche Begabung hätten Sie gerne?
Ich würde gerne noch stärker die Fähigkeit besitzen, Visionen schnell in interdisziplinäre Projekte zu übersetzen, die klinisch anschlussfähig sind.
Was macht Ihr Leben reicher?
Reicher wird mein Leben durch Menschen, mit denen ich forsche: durch ihre Neugier, Kreativität und gemeinsame Begeisterung für neue Erkenntnisse.



Prof. Dr. Dr. Fabian J. Theis

Fabian J. Theis ist Professor für Biomathematik an der TU München. Der Mathematiker, Biophysiker und Informatiker leitet das Institute of Computational Biology am Helmholtz Zentrum München. Theis ist ordentliches Mitglied der BAdW.

Was ist Ihr Forschungsschwerpunkt?
Ich forsche an KI-Methoden, um biologische Systeme besser zu verstehen, Krankheiten früher zu erkennen und gezielter zu behandeln.
Welche Frage wollen Sie mit Ihrer Forschung beantworten?
Wie können wir aus großen, komplexen Daten ein wirklich mechanistisches Verständnis von Gesundheit und Krankheit gewinnen?
Was treibt Sie an?
Die Neugier, komplexe biologische Systeme zu entschlüsseln – wie sind wir in all unserer Komplexität aus einer einzigen Eizelle entstanden, wie ist das „programmiert“ und was geht schief bei Krankheiten – und die Möglichkeit, damit echten Fortschritt für die Allgemeinheit zu ermöglichen.
Mit welcher (auch historischen) Person würden Sie gerne diskutieren?
Vielleicht mit Alan Turing, über die Zukunft von Intelligenz, sowohl künstlich als auch biologisch. Oder mit Jesus, ob wir nicht alle künstliche Intelligenzen sind.
An anderen bewundere ich …
… Klarheit im Denken und den Mut, neue Wege zu gehen.
Was macht Ihr Leben reicher?
Meine Familie, meine Freunde, mein Sport und Hobbys. Bei der Arbeit: meine dauernde Interaktion mit inspirierenden Menschen – von Doktoranden bis zu internationalen Kolleginnen – und die Verbindung von Wissenschaft, Medizin und Technologie.



Prof. Dr. Maria-Elena Torres-Padilla

Maria-Elena Torres-Padilla ist Professorin für Biologie an der LMU München. Außerdem leitet sie das Institute of Epigenetics and Stem Cells (IES) am Helmholtz Zentrum München. Sie ist ordentliches Mitglied der BAdW.

Wozu forschen Sie?
Ich untersuche, wie aus einer einzigen Zelle – der Zygote, die unmittelbar nach der Befruchtung einer Eizelle durch das Spermium entsteht – ein ganzer Organismus entstehen kann. Die Frage, wie die DNA und das Chromatin dies ermöglichen, hat mich über die Jahre hinweg angetrieben.
Was ist Ihr Forschungsschwerpunkt?
Unser Schwerpunkt liegt vor allem auf epigenetischen Prinzipien, also den zellulären Prozessen, die die Aktivität von Genen beeinflussen.

Fotos: Anna Kolata; Astrid Eckert/TUM; privat

Was war für Sie der wichtigste Moment in Ihrer Forscherlaufbahn?
Wir haben die Rolle bestimmter Arten von Histonen – einer Klasse von Proteinen, die unsere DNA organisieren – bei der Befruchtung und der Embryonenbildung sowie bei anderen Regulationsprozessen aufgeklärt. Zum Beispiel bei solchen, die durch uralte Virussequenzen in unserem Genom gesteuert werden. Unsere Entdeckungen haben das Verständnis der Totipotenz vertieft, also der Fähigkeit einer Zelle, einen vollständigen Organismus zu bilden.
Was treibt Sie an?
Neue Erkenntnisse zu gewinnen, die erklären, wie die Natur funktioniert. Besonders faszinierend ist es, zu verstehen, wie sich Zellen vermehren und wie sie funktionieren. Auch der Entdeckungsprozess selbst ist faszinierend, und es bereitet mir große Freude, diese Leidenschaft an jüngere Menschen weiterzugeben und sie durch den Prozess der Entdeckung, des wissenschaftlichen Strebens sowie des damit verbundenen beruflichen und persönlichen Wachstums zu begleiten.
An anderen bewundere ich …
In der Wissenschaft bewundere ich die Beständigkeit und eine weitsichtige konzeptionelle Vision, um neue Fragen zu stellen. Die Fähigkeit, Erkenntnisse zu integrieren und in einen größeren Zusammenhang einzuordnen – sowohl um des Wissens selbst willen als auch, um es auf die eine oder andere Weise in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.



Prof. Dr. Gerhard Fettweis

Der Elektrotechniker hat den Vodafone Stiftungslehrstuhl Mobile Nachrichtensysteme an der TU Dresden inne. Darüber hinaus ist er wissenschaftlicher Leiter des Barkhausen Instituts und korrespondierendes Mitglied der BAdW.

Was ist Ihr Forschungsschwerpunkt?
Meine Forschung befasst sich mit den Fragestellungen der Funkkommunikation des Mobilfunks der nächsten Generationen sowie dem hierfür notwendigen Chipdesign. Hierbei beschäftige ich mich übergreifend mit dem Thema Energieeffizienz, Erhöhung der Datenraten sowie Vertrauenswürdigkeit elektronischer Systeme.
Warum genau dieses Thema?
Das mobile Internet ist das Rückgrat der modernen Gesellschaft. Gerne bereite ich hierbei die Technik für uns mit vor – auch unter der Berücksichtigung von Vertrauenswürdigkeit sowie der Anbindung der fehlenden 2,5 Mrd. Menschen ohne Internet heute.
Wie erklären Sie Ihr Forschungsgebiet einem Kind?
Indem man ein Handy in die Hand nimmt und versucht Fragen zu stellen. Wie geht das? Dann versuche ich zu erklären, dass es per Funk mit der Welt verbunden ist.
Welche Frage wollen Sie mit Ihrer Forschung beantworten?
Ich möchte dazu beitragen, dass wir mit vernetzter Robotik unseren Lebensstandard wesentlich verbessern. Dabei beschäftigt mich: Wie sieht dafür der Funk der Zukunft aus? Wie die Elektronik? Und wie können wir in Deutschland die Mikroelektronik-Chips hierfür entwerfen, die als wesentliches Fundament immer der Kernträger sind?
Wie haben Sie Ihr Fach für sich entdeckt?
Ich wollte immer eine Ausbildung, mit der ich ungebunden weltweit arbeiten kann, aber nicht muss. Als Kind liebte ich die Architektur sowie die Mathematik. Aber als ich 1981 Abitur gemacht habe, galt das Fach Architektur als brotlose Kunst. Somit habe ich meine andere Leidenschaft, die Mathematik, gewählt. Aber sie sollte angewandt sein und mit Produkten zu tun haben. Dafür ist die Elektrotechnik das perfekte Fach!
Was macht Ihr Leben reicher?
Meine Familie, meine „Doktorkinder", meine Lehrerinnen und Lehrer, meine Teams, Landschaften erleben, Kultur genießen, Sport, Musik, lernen, forschen, träumen, erfinden, Firmen gründen, Produkte in der Hand halten, an denen ich mitgewirkt habe. Abhängen, guten Wein genießen und einfach das Leben!
Ich hätte gerne …
… eine Welt ohne Aggression.



Prof. Tak Wah Mak, Ph. D.

Tak Wah Mak ist Professor für Medizinische Biophysik und Immunologie an der Universität von Toronto. Der Immunbiologe und Krebsforscher ist korrespondierendes Mitglied der BAdW.

Was erforschen Sie?
Mein Team und ich beschäftigen uns derzeit mt zwei verschiedenen Themen: Zum einen identifizieren wir T-Zell-Rezeptoren als potenzielle Wirkstoffe zur Bekämpfung von Krebs und Autoimmunerkrankungen. Und zum anderen erforschen wir die neuronale Regulation von Immunität und Erkrankungen.
Welche Frage möchten Sie mit Ihrer Forschung beantworten?
Wie die Wechselwirkung zwischen Gehirn und Immunsystem die Physiologie und Pathophysiologie steuert.
Was war für Sie der wichtigste Moment in Ihrer Forschungskarriere?
Hier gibt es zwei prägende Durchbrüche: zum einen der Moment, als ich die Gene des T-Zell-Antigenrezeptors entdeckt habe. Und zum anderen, als es mir gelang, die Zusammenhänge zwischen dem Gehirn und dem Immunsystem aufzuzeigen.
Wie erklären Sie Ihr Forschungsgebiet einem Kind?
Das Immunsystem ist das Orchester aller Symphonien des Lebens. Es schützt uns vor Infektionen und Krebs.

Fotos: Andreas Scheunert/Lichtwerke Design Fotografie; privat

Was treibt Sie an?
Angeborene Neugier und der Reiz, als Erster neue Erkenntnisse zu gewinnen.
Mit welcher (historischen) Person würden Sie gerne diskutieren?
Mit dem US-amerikanischen Biologen Howard Temin, der 1975 gemeinsam mit David Baltimore und Renato Dulbecco den „Nobelpreis für Physiologie oder Medizin“ für seine Erkenntnisse im Bereich der Krebsforschung erhielt.
Ich würde gerne …
… dazu beitragen, Wissenslücken zu schließen und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu fördern.



Prof. Dr. Wolfgang Marquardt

Wolfgang Marquardt war Professor für Prozesstechnik an der RWTH Aachen. Der Systemverfahrenstechniker ist korrespondierendes Mitglied der BAdW und Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.
Was erforschen Sie?
Mein Fachgebiet ist die Systemverfahrenstechnik, das den Ingenieurwissenschaften zugeordnet ist. Es untersucht, wie industrielle Prozesse entworfen, betrieben und gesteuert werden – vor allem in der (Petro-)Chemie, Pharmazie, Lebensmittelbranche und Metallurgie. Meine Forschungsarbeiten beschäftigen sich mit methodischen Grundlagen und deren industrierelevanter Anwendung.
Was treibt Sie an?
Neugier und der Wille, der Gesellschaft mit meiner Arbeit etwas zurückzugeben.
Was war für Sie der wichtigste Moment in Ihrer Forscherlaufbahn?
Während meiner Promotionszeit habe ich nach und nach erkannt, dass ich gleichermaßen kreativ eigene Forschung auf hohem Niveau machen kann, Spaß an der Weitergabe meines Wissens habe und ein Team motivieren und führen kann. Diese Erkenntnis war letztlich das Fundament für meine sehr früh getroffene Entscheidung, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.
Haben Sie ein Vorbild in der Wissenschaft?
Vorbilder im engeren Sinne waren mein Vater, der ohne Hochschulausbildung die Technik der Wasseraufbereitung mit vielen Erfindungen und deren Umsetzung in der Praxis vorangebracht und ein mittelständisches Unternehmen geleitet hat, und meine Lehrer, Ernst-Dieter Gilles (Regelungstechnik, Systemdynamik), Karl Stephan (Thermodynamik, Stoffübertragung) und Gerhart Eigenberger (Chemische Reaktionstechnik).
An anderen Menschen bewundere ich …
An Menschen, typischerweise mit einem geisteswissenschaftlichen Hintergrund, bewundere ich deren Fähigkeit, eloquent, gleichermaßen interessant und unterhaltsam, aus dem Stand heraus über „Gott und die Welt“ zu reden.
Ich hätte gerne …
… während meiner Berufslaufbahn mehr Zeit gehabt, mich mit ganz anderen Sachgebieten zu befassen, insbesondere Musik(wissenschaft), Geschichte, Philosophie und Literatur.
Was macht Ihr Leben reicher?
Jeden Tag etwas dazulernen zu dürfen – im Gespräch mit anderen, durch eigene Lektüre und durch Nachdenken.



Prof. Charles A. Taylor, Ph. D.

Charles A. Taylor ist Professor für Innere Medizin und Direktor des Center for Computational Medicine an der Universität von Texas, Austin. Er ist korrespondierendes Mitglied der BAdW.
Worüber forschen Sie?
Ich entwickle medizinische digitale Zwillinge, um die Diagnose und Behandlung von Herzerkrankungen zu verbessern. Dabei konzentriere ich mich auf mathematische und computergestützte Methoden, mit denen aus medizinischen Bilddaten patientenspezifische Modelle des Herz-Kreislauf-Systems erstellt werden können.
Was ist Ihr Ziel als Wissenschaftler?
Ich möchte mithilfe von Mathematik und Computern Technologien entwickeln, die es Ärztinnen und Ärzten ermöglichen, den Nutzen alternativer Behandlungsmethoden für Patientinnen und Patienten mit Herzerkrankungen vorherzusagen. Um das zu erreichen, ist ein besseres Verständnis der menschlichen Biologie und Physiologie nötig.
Was treibt Sie an?
Ich hatte das Privileg mitzuerleben, wie die von mir entwickelten wissenschaftlichen Methoden und Technologien zur Diagnose und Behandlung von Hunderttausenden von Patienten mit Herzerkrankungen eingesetzt wurden. Und ich bin den Kolleginnen und Kollegen weltweit dankbar, die die aus meiner Forschung hervorgegangenen Produkte in ihren Behandlungen einsetzen.
Mit welcher (historischen) Persönlichkeit würden Sie sich gerne unterhalten?
Ich würde mich gerne mit dem englischen Arzt William Harvey über die menschliche Physiologie unterhalten. Mich interessiert, wie er trotz des damals vorherrschenden Dogmas das moderne Verständnis des Blutkreislaufs im Körper entwickelt hat.
Was macht Ihr Leben reicher?
Wenn ich aufstrebenden Wissenschaftlern und Ingenieurinnen dabei helfen kann, ihre Projekte in die klinische Praxis umzusetzen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, Menschen mit neuen Ideen dabei zu unterstützen, diese in die Welt zu bringen, um die Lebensbedingungen anderer zu verbessern.
Was ich an anderen bewundere …
Ich bewundere Menschen sehr, die kreative Visionen haben und gleichzeitig die Beharrlichkeit besitzen, diese weiterzuentwickeln.

Fragen: mo

Fotos: privat

DER gestohlene Bul'ul

Von **Christopher Kast**



Ende des 19. Jahrhunderts brachte der Apotheker Heinrich Rothdauscher **philippinische Kulturschätze** nach München, darunter eine von einem spanischen Offizier gestohlene Ritualfigur der Ifugao. Sie befindet sich heute im Münchner Museum Fünf Kontinente. Wofür steht diese Figur in der philippinischen Kultur? Und was tun mit solchen Objekten kolonialer Enteignung?

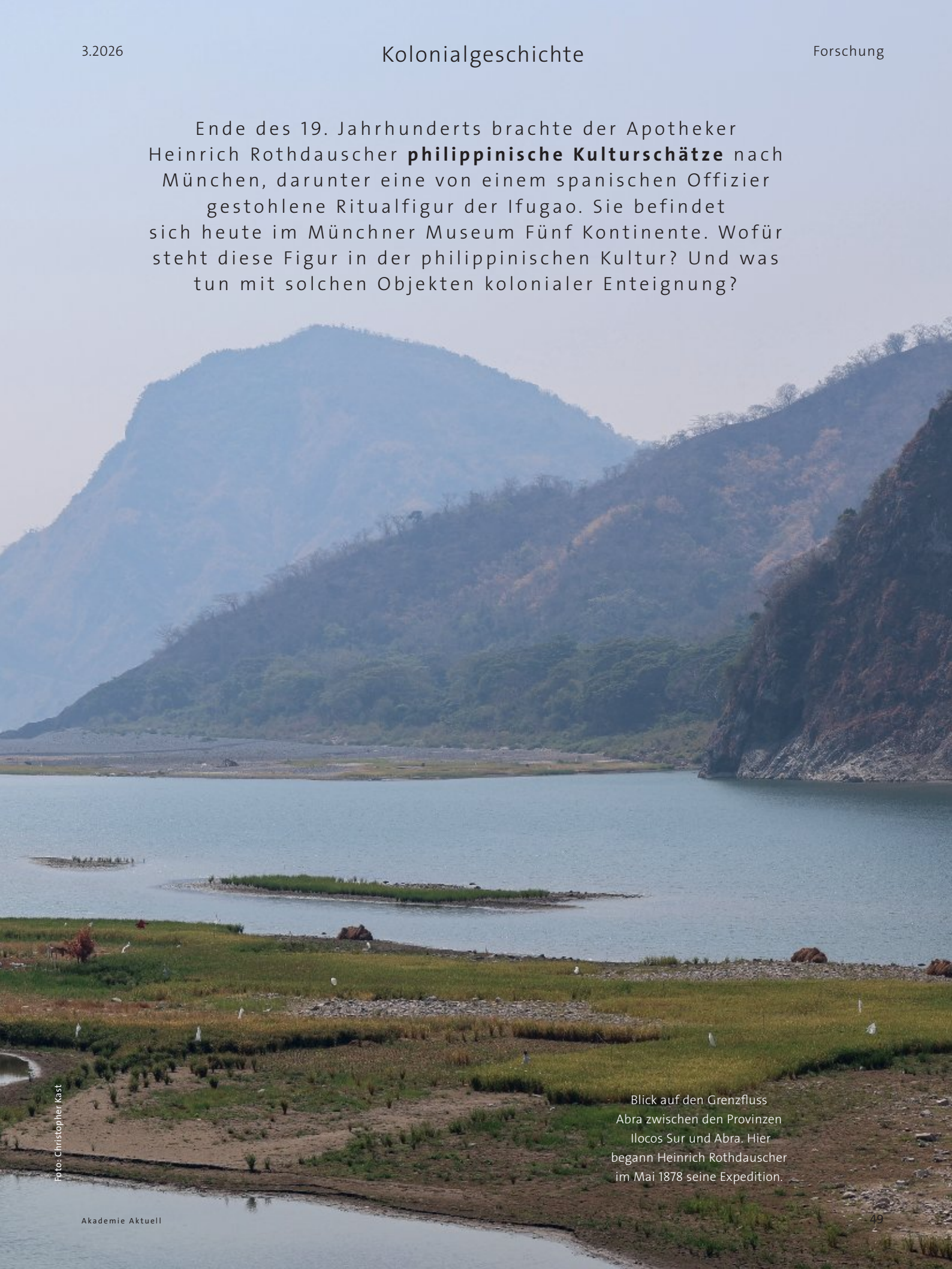


Foto: Christopher Kast

Blick auf den Grenzfluss Abra zwischen den Provinzen Ilocos Sur und Abra. Hier begann Heinrich Rothdauscher im Mai 1878 seine Expedition.

AM 29. März 1893 erhielt der Apotheker Heinrich Rothdauscher eine besondere Ehrung: Die Bayerische Akademie der Wissenschaften verlieh ihm die silberne akademische Denkmünze, da er den wissenschaftlichen Sammlungen des Staates – so wörtlich – „wertvolle zoologische und besonders ethnographische Gegenstände von den Philippinen“ geschenkt hatte. Die Sammlung war beeindruckend: Ritualwaffen, Hüte, Alltagsgegenstände und eine besondere Holzfigur – ein „Hausgötze der Igoroten von Bontoc“, der ihm 1878 während einer Reise in den Norden der philippinischen Insel Luzon von einem spanischen Kolonialoffizier geschenkt worden war. Außerdem übergab Heinrich Rothdauscher den staatlichen Konservatoren botanische und zoologische Präparate, darunter eine Zibetkatze und der Penis eines Walfisches.

Heute befinden sich die kulturellen Artefakte im Museum Fünf Kontinente und sind Gegenstand gemeinsamer deutsch-philippinischer Forschungen an der BAdW, an der Universität Bamberg und am Museum Fünf Kontinente in München mit dem Ziel, die Herkunftsgeschichte der Objekte zu rekonstruieren, digitale Methoden in der Provenienzforschung zu testen und mit den Menschen auf den Philippinen über die Zukunft der Sammlung zu sprechen.



Heinrich Rothdauscher vermutlich im Alter von ca. 20 Jahren vor seiner Reise auf die Philippinen.



Foto: Gerhard Prokop

Diese Objekte sind keine stummen Exponate – für die Ifugao sind sie lebendige Kulturgüter.



Fotos: Museum Fünf Kontinente/Nicolai Kästner; Christopher Kast

Blick auf die Karte: Das Projektteam vergleicht die von Heinrich Rothdauscher geschilderte Reiseroute mit dem heutigen Straßenverlauf.



Bul'ul (Ahnenfigur) von der Insel Luzon (Philippinen), vor 1878 (Holz, Kaurischnecken, Coixsamen, 59 x 11 x 19 cm); aus der Sammlung von Heinrich Rothdauscher (Inv. Nr. 93-89).

Ein glücklicher Überlieferungszufall

Heinrich Rothdauscher lebte von 1873 bis 1883 auf den Philippinen, die seit 1571 Teil des spanischen Kolonialreichs waren und erst nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig wurden. Sein Leben auf dem Archipel ist sehr gut dokumentiert: In Privatbesitz sind seine Tage- und Skizzenbücher, Briefe und mehrere Fassungen von Lebenserinnerungen. Diese Autobiographie wurde nie publiziert. Die Dokumente machen einerseits seine Tätigkeit als Apotheker auf den Philippinen, insbesondere in Manila, Vigan und Cebu, nachvollziehbar, wo er als Fachmann für Medikamente und chemische Verfahren ein wichtiger Teil der kolonialen Infrastruktur für die spanische Regierung war. Sie beleuchten andererseits seine mehrwöchige Reise im Mai 1878 in die Kordilleren im Norden der philippinischen Insel Luzon. Seine Schilderungen liefern wichtige Informationen zur Herkunft der Objekte, die jedoch in späteren Varianten der Lebenserinnerungen bewusst ausgelassen wurden, um die Gewalt im Zusammenhang mit der Erwerbung der philippinischen Kulturgüter zu verschleiern.



Fassade des Archivo Nueva Segovia im Palacio de Arzobispado de Nueva Segovia in Vigan City, Ilocos Sur.

Deutscher Kolonialismus auf den Philippinen

Ein Projekt der BAdW in Kooperation mit:

- University of the Philippines Baguio (Analyn Salvador-Amores)
- University of the Philippines Diliman (Ramon Guillermo)
- SOAS University of London (Cristina Martinez-Juan)
- Museum Fünf Kontinente, München (Richard Hölzl)
- Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Mona Hess)

Finanzierung: Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (DZK).

Mehr Informationen zur Bedeutung der Bul'ul-Figur, aber auch zur Forschungsreise auf den Philippinen, finden Sie im **Podcast: badw.de/mediathek.**





Im Gespräch mit Community Elders in Bontoc, Mountain Province.

Von München in den Norden Luzons

Im Mai 1878 brach Heinrich Rothdauscher von Vigan zu einer Expedition in die Bergregionen Luzons auf. Sein Weg führte ihn nach Bontoc, wo er bei dem spanischen Kolonialoffizier Fidel Hernandez gastierte und mit dessen Unterstützung zahlreiche philippinische Kulturgüter in seinen Besitz brachte – Lanzen, Pfeifen, Ohrringe und die Holzfigur, die er in seinen Lebenserinnerungen als „Anito" der „Igoroten von Bontoc" bezeichnete und deren Erwerb er ausführlich schilderte: Fidel Hernandez habe die Figur wahrscheinlich aus dem Haus einer Familie der Ifugao gestohlen, weshalb der Familienvater am folgenden Tag den spanischen Kolonialoffizier aufgesucht und die Figur zurückgefordert habe. Fidel Hernandez habe dies aber verweigert und ihm lediglich gestattet, eine rituelle Beschimpfung vorzunehmen, um – so die Meinung von Heinrich Rothdauscher – den damit verbundenen Geist seiner Vorfahren lösen zu können. Darüber hinaus erhielt Heinrich Rothdauscher vier ähnliche, aus Gold gefertigte Figuren von einem weiteren spanischen Kolonialoffizier namens Maximino Lillo de Garcia. Er habe sie ihm geschenkt, nachdem er den Eigentümer hatte inhaftieren lassen, bis dieser die Figuren herausgab. Ein Freundschaftsdienst des Spaniers, wie er in den Lebenserinnerungen schildert, der allerdings deutlicher Ausdruck kolonialer Gewaltpraktiken war.

Diese beiden Szenen – herausgegriffen aus der Fülle der Herkunftsgeschichten der Objekte aus der Sammlung Rothdauscher – zeigen beispielhaft die Ausübung kolonialer Gewalt. Gleichzeitig sind sie ein Beleg der geringen Kenntnis der beiden europäischen Kolonialisten sowohl über die Einwohner der nördlichen Bergregionen als auch die spirituelle Bedeutung der Holzfigur, wie Recherchen auf den Philippinen gezeigt haben.

Fotos: Christopher Kast

Das Projektteam im Gespräch mit dem Mumbaki Apu Rudy „Dolfo“ Dulnan. Im Hintergrund die Sammlung anthropomorpher Holzfiguren im Ifugao Community Heritage Galleries and Indigenous Peoples Education (IPEd) Center.



Foto: Christopher Kast

Diese beiden Szenen – herausgegriffen aus der Fülle der Herkunftsgeschichten der Objekte – zeigen beispielhaft die Ausübung kolonialer Gewalt.

Im April 2026 unternahm das Projektteam eine Forschungsreise auf die Philippinen. Sie führte zunächst von Manila über die kühle Berg- und Universitätsstadt Baguio nach Vigan und anschließend durch das Abra-Tal nach Ifugao, wo die beiden spanischen Kolonialoffiziere Heinrich Rothdauschers Expedition unterstützt hatten. In Banaue lieferten Gespräche mit einem Ifugao-Schnitzer, die durch die philippinischen Kooperationspartnerinnen vermittelt wurden, entscheidende Einblicke in die Herstellung der Figuren. Er erklärte, dass es sich nicht um einen „Anito“, sondern um einen „Bul’ul“ handle – eine Figur, die bei den Ifugao auch noch heutzutage die Macht der Ahnen einer Familie oder einer Gruppe repräsentiere und beispielsweise zur Abwehr von Krankheiten oder Diebstahl diene oder eine reiche Reisernte begünstigen solle. Die Herstellung eines Bul’ul sei immer noch ein ritualisierter Prozess. Bul’ul werden nur von Mitgliedern der Ifugao hergestellt: Der Schnitzer müsse vor dem Fällen des Baumes Fastenregeln einhalten und erhalte während der Arbeit reichlich Reiswein, um in einen transzendenten Zustand zu gelangen. Besonders aufschlussreich war seine Analyse von Heinrich Rothdauschers Bul’ul, der sich heute in der Dauerausstellung des Museum Fünf Kontinente befindet: Das fehlende Blut an der Figur deute darauf hin, dass sie nie rituell aktiviert wurde. Denn traditionell werden Bul’ul erst durch Blutopfer (meist von Schweinen oder Hühnern) „belebt“ und erhalten so ihre dunkle Patina. Ohne diese Rituale – so der Schnitzer – bleiben sie „leer“ und können ihre schützende Funktion nicht erfüllen. Zudem betonte er, dass Bul’ul beispielsweise bei Heilungsritualen immer noch eine zentrale Rolle spielen. Das von Heinrich Rothdauscher beschriebene Ritual, um den Geist der Vorfahren loszulösen, ist Vertreterinnen und Vertretern der Ifugao heute nicht mehr bekannt. Die Schilderung war aber unter Heinrich Rothdauschers Zeitgenossen geläufig: Ein ähnliches Ritual beschreibt beispielsweise der österreichische Geologe Richard von Drasche-Wartinberg, der 1876 die Zentralkordilleren bereist hatte.

Was tun? Zurückgeben?

Während anhand der schriftlichen Überlieferung die Vorgänge um die Erwerbung des Bul’ul klar rekonstruiert werden können, bleiben diese für andere Objekte nur vage. Die Vielfalt der Erwerbswege – von Gaben über Handel bis hin zu Raub – spiegelt die Komplexität kolonialer Sammelpraktiken wider. Die offene Frage, welche Familie bestohlen wurde, konnte nicht abschließend geklärt werden, weshalb auch die Zukunftsfrage und die etwaige Restitution der Holzfigur weiter offenbleibt. Die Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Ifugao und anderer ethnolinguistischer Gruppen ergaben ein breites Meinungsbild – vom Wunsch nach Rückgabe bis hin zum ausdrücklichen Verzicht, da die Gemeinschaften die hohen Kosten, die mit der Rückgabe und erneuten Ritualisierung einhergehen würden, nicht tragen könnten. Klar wurde in diesen Gesprächen auch, dass die im Projekt angefertigten 3D-Modelle zwar für die Forschung und die Herkunftsgemeinschaften weltweit zugänglich gemacht werden können, aber die physische Restitution nur ergänzen und nicht ersetzen können.

Die Reise in die Kordilleren verdeutlichte: Diese Objekte sind keine stummen Exponate. Für die Ifugao sind sie lebendige Kulturgüter – und die koloniale Enteignung wirkt bis heute nach: als Wissensverlust und als fehlender Zugang zu den Sammlungen. Digitale Methoden wie 3D-Scans können die physische Restitution nicht ersetzen, aber sie sind ein möglicher Schritt, um die Objekte den Herkunftsgemeinschaften zugänglich zu machen.

Dr. Christopher Kast
ist Forschungsreferent an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und leitete das Projekt „Deutscher Kolonialismus auf den Philippinen“.



Ein **rechtswissenschaftlicher Blick** auf die Institution Ehe.

Endzeitstimmung für die EHE?

Von **Charlotte Wendland**

Anfang Mai dieses Jahres sorgten die Berliner Jusos mit einem Vorschlag zur Abschaffung der Ehe für Furore. Sie diene „dem chauvinistischen, kapitalistischen Nationalstaat als Durchsetzungsinstrument frauenfeindlicher, queerfeindlicher, klassistischer und rassistischer Politik“ und solle daher abgeschafft und durch „Verantwortungsgemeinschaften“ ersetzt werden. Ähnliches fordert die Aktivistin und Politologin Emilia Roig in ihrem Spiegel-Bestseller „Das Ende der Ehe“. In ihren Augen ist die Ehe eine veraltete Institution, die die Ungleichheit und die patriarchale Unterdrückung der Frauen in unserer Gesellschaft produziere und aufrechterhalte.

Illustration: Andres Muñoz

Krise der Ehe?

Forderungen dieser Art sind nicht neu und angesichts der Geschichte der Ehe auch nicht überraschend. Schon die Studentenbewegung der 1960er Jahre lehnte sie unter Hinweis auf ihre patriarchale Funktion ab und propagierte stattdessen das Ideal der freien Liebe. Die herausgehobene Stellung der Ehe wird jedoch zunehmend nicht nur durch politisch-aktivistische Kräfte in Frage gestellt, sondern auch durch die demographische Entwicklung. Daten im Zeitvergleich zeigen deutlich, dass die Beliebtheit der Ehe seit den 1950ern – dem sogenannten *Golden Age of Marriage* – abgenommen hat. Es wird insgesamt seltener und später im Leben geheiratet, und die Anzahl der Kinder, die außerhalb einer Ehe geboren werden, nimmt zu. Infolge dieser Entwicklungen ist teilweise von einer Krise der Ehe die Rede. Manche mögen sich vor diesem Hintergrund fragen, ob die Ehe ein Auslaufmodell ist, das schon in nicht allzu ferner Zukunft überflüssig sein wird.

Die Ehe als Rechtsinstitut

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ehe nicht nur eine soziale, gesellschaftliche und religiöse Institution ist, sondern auch und vor allem ein Rechtsinstitut. Als solches wird sie durch die Normen des Bürgerlichen Gesetzbuches normiert, definiert und mit Wirkungen ausgestaltet. An die bürgerliche Ehe knüpft das Gesetz zahlreiche Rechtsfolgen in unterschiedlichen Rechtsgebieten. Dabei werden in Deutschland – vorbehaltlich der Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen durch das internationale Privatrecht – nur standesamtlich geschlossene Ehen anerkannt. Rein religiös geschlossene Ehen sind aus Sicht des Gesetzes ebenso wenig Ehen wie ein langjähriges Zusammenleben in einer ehegleichen Gemeinschaft. Aus der Perspektive der Rechtswissenschaft stellt sich folglich die Frage, wie die sich wandelnde gesellschaftliche Bedeutung der Ehe auf ihre Stellung als Rechtsinstitut wirkt und ob dies Reformen erforderlich macht.

Im deutschen Recht kann, wer seiner Beziehung einen rechtlichen Rahmen geben möchte, ausschließlich die Ehe schließen. Die Möglichkeit, eine Lebenspartnerschaft abzuschließen, wurde mit dem Eheöffnungsgesetz von 2017 abgeschafft. Welche Rechtfertigung gibt es für diese Monopolstellung der Ehe? Könnte und sollte man neben der Ehe andere Formalisierungsoptionen für (andere) Nähebeziehungen bereitstellen? Oder ist es überholt, überhaupt an rechtlich formalisierte und nicht an faktisch bestehende Näheverhältnisse anzuknüpfen? Was darf der Staat eigentlich in Bezug auf persönliche Näheverhältnisse regeln, und gibt es Regelungen, die er zum Schutz der Grundrechte der Beteiligten treffen muss? Eine rechtswissenschaftliche Frage nach der Zukunft der Ehe ist folglich zugleich eine Frage nach der rechtlichen Regulierung von Paarbeziehungen im Allgemeinen. Es ist eine Frage nach dem Verhältnis von Staat und Individuum und, wie die Rechtswissenschaftlerin Anne Röthel es treffend beschreibt, auch eine Frage des Verhältnisses zwischen Institution und Intimität.

Hohe Hürden für eine Abschaffung der Ehe

Könnte man die Ehe denn überhaupt abschaffen oder durch ein Institut wie die von den Jusos avancierte Verantwortungsgemeinschaft ersetzen? Gemäß Artikel 6 Absatz 1 Grundgesetz stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Diese Formulierung bündelt eine Reihe verfassungsrechtlicher Gewährleistungen im Hinblick auf Ehe und Familie. Hinsichtlich der Ehe gehört dazu eine sogenannte Institutsgarantie, die einfachgesetzliche (d. h. auf Parlamentsgesetz beruhende) rechtliche Regelungen einfordert, die die Ehe im Rechtssinne konstituieren und ausgestalten. Mit der Ehe verhält es sich insofern ähnlich wie mit dem Eigentum: Beides sind soziale Konstrukte, die erst mit Hilfe des Rechts Anspruch und Verbindlichkeit entfalten, von der Verfassung aber garantiert werden. Folglich ist der Gesetzgeber verpflichtet, Normen bereitzustellen, die den Abschluss einer Ehe im Rechtssinne ermöglichen und die an die Ehe bestimmte Rechtsfolgen knüpfen. Die Ehe ersatzlos zu streichen, wäre nur im Wege einer Verfassungsänderung möglich, die gemäß Artikel 79 Absatz 2 Grundgesetz eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit im Bundestag sowie im Bundesrat erfordert. Über das Ende der Ehe zu sinnieren ist daher mehr Gedankenexperiment als realistisches Zukunftsszenario.

Noch nicht beantwortet ist damit, ob es mit dem Eheschutz der Verfassung vereinbar wäre, die Ehe durch ein anderes, vermeintlich neutraleres Institut wie eine Lebenspartnerschaft oder eine Verantwortungsgemeinschaft zu ersetzen. Ob eine solche Reform ohne eine Verfassungsänderung zulässig wäre, hängt davon ab, wie man den verfassungsrechtlichen Ehebegriff interpretiert. Woran hat man sich bei der Definition der Ehe zu orientieren: an historischen Gegebenheiten und Tradition, an tatsächlich gelebter Kultur oder an der Funktion, die die Ehe, welche Nähebeziehungen verrechtlicht und absichert, für den Einzelnen und für die Gesellschaft übernimmt? Je nachdem, ob man die Ehe als Institution oder als Funktion begreift, hat der Gesetzgeber mehr oder weniger Spielraum, sie in ihren

Die herausgehobene Stellung der Ehe wird nicht nur durch politisch-aktivistische Kräfte in Frage gestellt, sondern auch durch die demographische Entwicklung.

Eine rechtswissenschaftliche Frage nach der Zukunft der Ehe ist zugleich eine Frage nach der rechtlichen Regulierung von Paarbeziehungen im Allgemeinen.

Grundcharakteristika zu verändern. In seiner letzten Entscheidung zur Ehe definierte das Bundesverfassungsgericht sie jedenfalls als „eine im Grundsatz auf Dauer angelegte, auf freiem Entschluss beruhende, gleichberechtigte und autonom ausgestaltete Lebensgemeinschaft", die „durch die Eheschließung als formalisierter, nach außen erkennbarer Akt begründet wird" (BVerfGE 166, 1, 49 f.). Ob die von den Jusos statt der Ehe vorgeschlagene Verantwortungsgemeinschaft diese Anforderungen erfüllen kann, scheint schon angesichts der gewünschten Öffnung des Instituts für mehr als zwei Personen fraglich.

Viel weniger klar wiederum scheint, inwiefern die Ehe im Grundgesetz auf Paarbeziehungen beschränkt sein muss, oder auch sonstige Näheverhältnisse, allen voran solche zwischen Verwandten, einbezogen werden können oder sollten. Denn die Ehe als Geschlechts- und Fortpflanzungsgemeinschaft, als „Keimzelle der Gesellschaft" zu begreifen, ist nicht nur angesichts der vielen nichtehelichen Geburten, sondern auch angesichts der zunehmenden Anzahl kinderlosen Ehen überholt.

Welche Regelungsaufgaben hat die Ehe?

Damit bleibt aber die Frage, welche Regelungsaufgaben und welches Regelungspotential die Ehe anstelle einer Reproduktionsfunktion für sich beanspruchen kann. Zu dieser Frage werden in der juristischen Literatur unterschiedliche Aspekte der Ehe hervorgehoben. Als sog. Statusverhältnis hat die Ehe eine Markierungs- und Bündelungsfunktion, weil sie für den Staat einheitlich anzeigt, dass zwischen zwei Personen ein besonderes Näheverhältnis besteht. Die Vermutung eines solchen Näheverhältnisses führt zur Anwendung von Sonderregelungen unter anderem im Familien-, Erb-, Aufenthalts-, Sozial- und Steuerrecht. Damit hat die Ehe gewissermaßen auch eine Datenschutzfunktion: Sie erlaubt den Eheleuten, sich bei Inanspruchnahme ehebedingter Privilegien allein auf den formalisierten Status zu berufen, und erübrigt eine Überprüfung der tatsächlichen Qualität der Beziehung. Die Technik der Bündelung sagt freilich jedoch noch nichts darüber aus, wieso der Gesetzgeber Paarbeziehungen dieser Art überhaupt mit Sonderregelungen bedenkt. Hier geht es um die materiellen Funktionen der Ehe, die sich sowohl im Binnenverhältnis der Eheleute als auch zwischen diesen und dritten Personen oder auch gegenüber staatlichen Stellen zeigen. Aber welche Regelungen braucht es zwischen Paaren, und inwiefern ist ein Intervenieren des Staates in diesem privaten Raum überhaupt zulässig? Kann das Recht in diesem von Emotionen dominierten Bereichen etwas beschicken? Und welche Rechtfertigung gibt es dafür, in einer Ehe formalisierte Paarbeziehungen besser zu stellen als sonstige Paarbeziehungen, Alleinstehende und andere Solidargemeinschaften? Schließlich gehen mit der Ehe auch gegenseitige Pflichten einher, insbesondere eine Unterhaltspflicht, die subsidiär bestehende, staatliche Fürsorgepflichten – vor allem im Sozialrecht – suspendiert.

Der vergleichende Blick ins Ausland

Aber auch mit der Klärung ihrer Regelungsaufgaben ist das wissenschaftliche Nachdenken über die Ehe nicht beendet. Denn ein Blick ins Ausland verrät, dass rechtliche Aufgaben, die traditionell die Ehe übernommen hat, auch von alternativen Regelungsmodellen übernommen werden können. Zum einen gibt es immer mehr Rechtsordnungen, die Regelungswerke für das Verhältnis zwischen Partnern faktischer Beziehungen vorsehen, wobei primär die vermögensrechtlichen Folgen der Trennung adressiert werden. Eine mögliche Reaktion auf die abnehmende Popularität der Ehe wäre die Verrechtlichung faktischer Paarbeziehungen, die nicht in einem staatlichen Akt formalisiert wurden. Zum anderen gibt es in manchen Rechtsordnungen alternative Formalisierungsoptionen, die mit geringeren Rechtswirkungen als die Ehe verbunden sind. So erfreut sich in Frankreich die bereits seit 1999 bestehende Möglichkeit, einen *Pacte civil de solidarité* anstelle einer Ehe einzugehen, höchster Beliebtheit. Die Forschung zur Zukunft der Paarbeziehung muss folglich auch solche Alternativen in den Blick nehmen. Nur auf dieser Basis kann aufgezeigt werden, welche Wege dem Gesetzgeber offenstehen, um Näheverhältnisse mit rechtlichem Regelungsbedarf auch in Zukunft wirksam zu identifizieren und – insbesondere für Konfliktfälle – angemessene Regelungen zu schaffen.

Dr. Charlotte Wendland, M. Jur. (Oxford)
ist Akademische Rätin a. Z. am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der LMU München. Im Jungen Kolleg der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wird sie seit 2025 mit dem Forschungsprojekt „Warum Ehe? Regelungsbedarf und Regelungspotential von Paar- und Nähebeziehungen" gefördert.

„Ein wichtiges Geschäft trage ich ihnen auf“

Der „Barberinische Faun“, die „Ägineten“ oder Tafeln von Fra Angelico: Der Briefwechsel zwischen König Ludwig I. von Bayern und seinem **Kunstagenten Johann Martin von Wagner** in Rom zeigt, wie München zu einer europäischen Kunststadt aufstieg.

Von **Martin Baumeister, Ferdinand Kramer** und **Hannelore Putz**



Johann Martin von Wagner, porträtiert von Carl Rahl bei dessen Aufenthalt in Rom in den Jahren 1836 bis 1845.

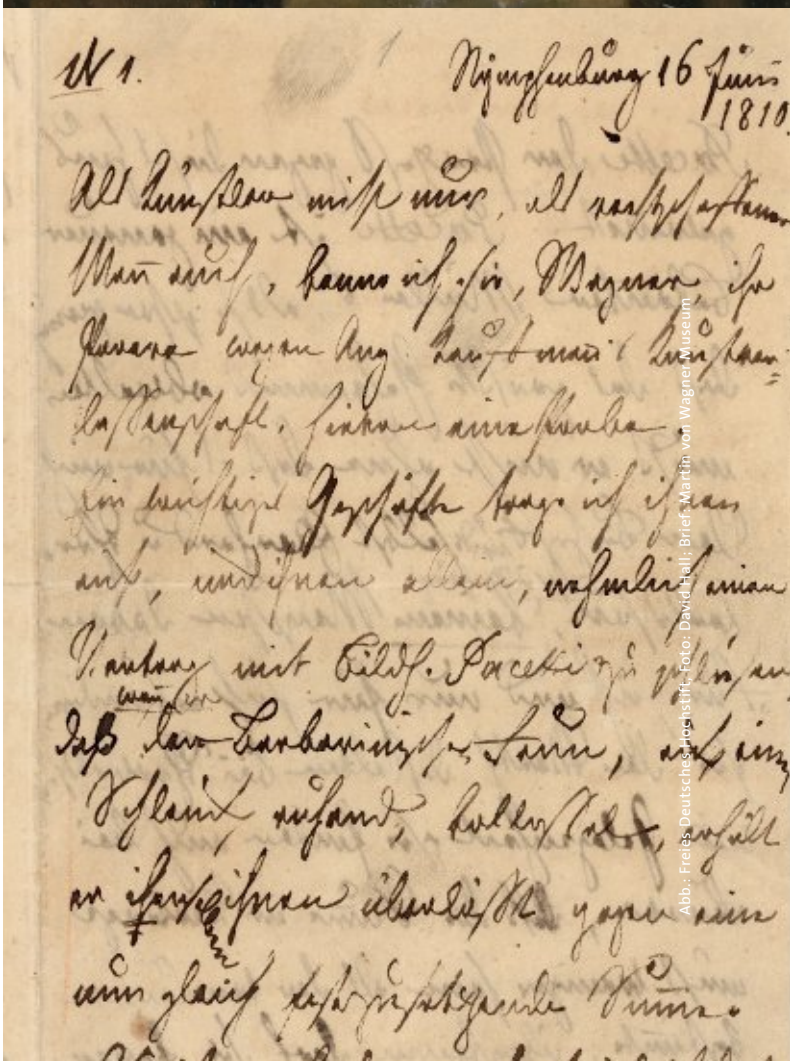
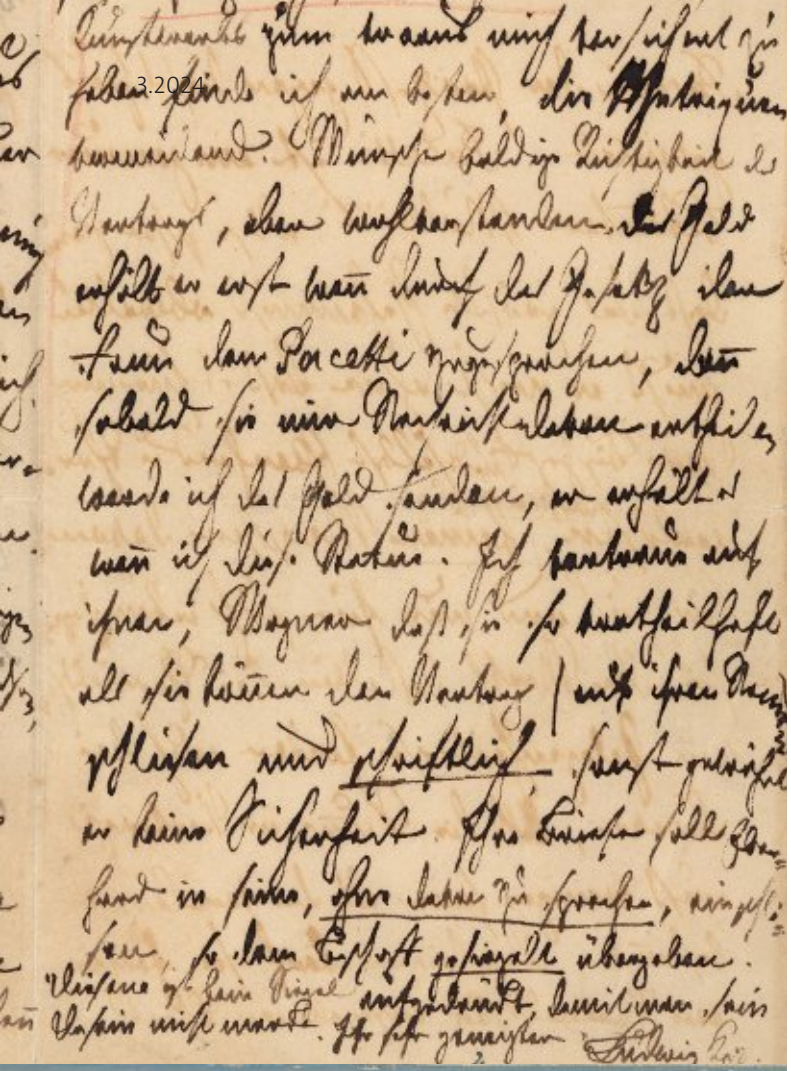


Abb.: Freies Deutsches Hochstift, Foto: David Hall; Brief: Martin von Wagner Museum





Die Villa Malta, gemalt von Johan Christian Dahl (1821). Das Anwesen auf dem Pincio war im 19. Jahrhundert zentraler Begegnungsort der deutschsprachigen Künstlerszene in Rom.

Abb.: Nasjonalmuseet Oslo, Brief: Martin von Wagner Museum

E

„Ein wichtiges Geschäft trage ich ihnen auf." Dieser Satz ist programmatisch, denn mit diesen Worten erteilte Kronprinz Ludwig am 16. Juni 1810 seinen ersten Auftrag an Johann Martin von Wagner, seinen zukünftigen Kunstagenten in Rom. Es ging um den Erwerb des „Barberinischen Fauns" – ein Vorhaben, das die Briefpartner ein Jahrzehnt lang intensiv beschäftigte. Erst am 6. Januar 1820 konnte Ludwig die in Kreisen von Kennern und Sammlern viel gerühmte Skulptur in München in Empfang nehmen. In einer Fülle von Briefen tauschten Ludwig und Wagner sich aus über die Verhandlungen, den Ankauf, rechtliche Probleme, die Aufbewahrung und Sicherung, den Kampf um die Ausfuhrgenehmigung, schließlich den Transport nach München. Der Briefwechsel gibt somit Einblick in den komplexen, immer wieder auch spannenden Prozess eines Antikenankaufs.

Dramatisch waren zudem viele weitere Ankäufe, wie jener der „Medusa Rondanini" oder der „Ägineten", der Giebelfiguren des Aphaia-Tempels von Ägina, die Wagner in einer halsbrecherischen Aktion in Griechenland ersteigerte. Präsentiert wurden die Erwerbungen in der 1830 eröffneten Glyptothek in München, die Ludwig als weltweit ersten Museumsbau für antike Kunst unter Leitung seines Hofarchitekten Leo von Klenze errichten ließ. Im Briefwechsel zwischen dem Monarchen und seinem römischen Agenten lassen sich nicht nur zahlreiche, teilweise spektakuläre Erwerbungsgeschichten der kostbaren Exponate verfolgen, sondern auch Wagners Beteiligung an den Diskussionen um die Planung, die Innengestaltung und Sammlungsaufstellung sowie die Ausarbeitung seines Entwurfs für die Giebelplastiken des Museums.

Im Lauf des Briefwechsels, der sich über ein knappes halbes Jahrhundert erstreckte, trug der Kronprinz, seit 1825 König von Bayern, seinem Agenten in Rom bei der Suche nach hochkarätigen und gleichzeitig erschwinglichen Antiken viele weitere „wichtige Geschäfte" auf. Dabei ging es auch um Ankäufe nachantiker Kunst und Aufträge an in Rom ansässige Künstler. So erwarb Wagner drei Predellentafeln des Fra Angelico mit dem Martyrium von Cosmas und Damian (heute in der Alten Pinakothek München). In den 1830er Jahren entstanden im Auftrag Ludwigs die großartigen römischen Stadtansichten, die Johann Christian Reinhart vom Turm der Villa Malta aus schuf (heute in der Neuen Pinakothek München). Wagners Berichte gewähren überdies bemerkenswerte Einblicke in den römischen Kunstmarkt, in die römischen Sammlungen und vor allem auch in die nicht selten intransparenten Geschäftspraktiken der Kunsthändler, die sich oft am Rande der Legalität bewegten.

Nachrichten aus der Ewigen Stadt

Doch damit nicht genug. Johann Martin von Wagner versorgte Ludwig mit einer bunten Fülle von Nachrichten aus der Ewigen Stadt, in denen sich persönliche Angelegenheiten mit politischen, künstlerischen, kirchlichen, sozialen und gesellschaftlichen Themen mischten. Regelmäßig tauschten sich die Korrespondenzpartner auch über das Wetter in Rom und an Ludwigs Aufenthaltsorten aus. Besonders intensiv berichtete Wagner über das Leben und die Arbeiten der Künstler, vornehmlich jener aus den deutschen Ländern. Für manche bedeuteten seine Urteile den Beginn der Karriere, anderen wiederum erschwerte er mit seinen Bemerkungen spürbar den weiteren Berufsweg. Er besuchte die Künstler in ihren Ateliers bzw. in den großen Werkstätten von Antonio Canova oder Bertel Thorvaldsen, die eine Vielzahl von Malern und Bildhauern bei sich beschäftigten. Schließlich stellte Wagner selbst für die sich über lange Jahre hinziehenden Arbeiten an seinem monumentalen Innenfries der Walhalla bei Regensburg Künstler wie Ferdinand Pettrich, Wilhelm Baudisch und Peter Schöpf ein.

Doch hatte er nicht nur die jeweilige künstlerische Entwicklung im Blick. Vielmehr berichtete er ausführlich auch über das gesellschaftliche Leben der deutschsprachigen Künstlerkolonie in Rom und schilderte deren gemeinsamen Feste und Ausflüge in die römische Umgebung. Wagner vermittelte Ludwig freilich keineswegs ein idyllisches, sondern ein insgesamt recht bedrückendes Bild von der Lage der Mehrheit der Künstler, von Krankheit und materieller Not, gelegentlich auch von Konflikten mit der päpstlichen Polizei wie im Fall eines Bildhauers, der im Gefängnis landete, nachdem er in flagranti mit einer Römerin überrascht worden war. Insgesamt machten sich nur wenige Maler und Bildhauer wie Bertel Thorvaldsen oder Franz Ludwig Catel einen Namen und erlangten eine finanziell gesicherte Existenz.

Zu den Obliegenheiten des Agenten gehörte es auch, den Postillon d'amour für Ludwigs italienische Liebschaften zu spielen sowie die vom König 1827 erworbene Villa Malta samt Garten zu verwalten, in der Wagner schließlich selbst eine Wohnung bezog. Er betreute die Gäste Ludwigs und organisierte die Romaufenthalte seines Dienstherrn, der im Laufe seines Lebens immerhin 39 Mal in die Ewige Stadt reiste. Mit dem Tod Johann Martin von Wagners am 8. August 1858 verlor Ludwig nicht nur einen erfahrenen Mittelsmann in Rom, sondern auch einen ungeachtet des sozialen Gefälles zwischen Monarch und Künstler über die Jahrzehnte vertraut gewordenen Briefpartner. Sein Urteil nach Wagners Tod war von großer Wertschätzung und Anerkennung geprägt: „Ein mir ausnehmen[d] Anhänglicher Mann, ausgezeichnete Kenntniß […], der Kopf u. Herz auf d. rechten Fleck hatte."

Der Briefwechsel gibt Einblick in den komplexen, immer wieder auch spannenden Prozess eines Antikenankaufs.

Edition des Briefwechsels

Die Edition des 1.352 Dokumente umfassenden Briefwechsels in neun Bänden begann im Jahr 2011 und wurde 2025 erfolgreich abgeschlossen. Das Langzeitprojekt wurde mit Drittmitteln, vor allem dank der nachhaltigen finanziellen Unterstützung durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und die Edith-Haberland-Wagner-Stiftung durchgeführt, ferner durch Mittel der Hubert und Edeltraud Glaser Gedächtnis-Stiftung, des Historischen Seminars der LMU und des Deutschen Historischen Instituts in Rom, das die Online-Stellung der gesamten Edition ermöglichte (luwa.dhi-roma.it).

Der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften kam bei dem Vorhaben eine besondere Rolle zu. Sie hatte unter Leitung von Max Spindler bereits in den 1950er Jahren die großen Künstlerbriefwechsel Ludwigs I. als Forschungs- und Arbeitsthema in den Blick genommen. Spindler hatte sich damals wichtige Aufschlüsse über den bayerischen Kunstbetrieb, die Entwicklung der Münchner Museen und Sammlungen und das Werden Münchens zu einer modernen europäischen Kunststadt erhofft. Mit der Edition des Briefwechsels Ludwigs I. mit seinem Gemäldegaleriedirektor Georg von Dillis 1966 durch Richard Messerer, der Herausgabe des Briefwechsels des Königs mit Leo von Klenze (1998–2011) durch Hubert Glaser und der nunmehr publizierten Korrespondenz des Monarchen mit Johann Martin von Wagner (2011–2025), die Hubert Glaser in den ersten Jahren noch intensiv begleitet hat, ist dieses Projekt der Kommission für bayerische Landesgeschichte nun erfolgreich abgeschlossen worden. So viel steht bereits jetzt fest: Das umfangreiche



Die „Medusa Rondanini", seit 1830 in der Glypothek München.

Abb.: Glyptothek München

Max Spindler hatte sich wichtige Aufschlüsse über den bayerischen Kunstbetrieb, die Entwicklung der Münchner Museen und Sammlungen und das Werden Münchens zu einer modernen europäischen Kunststadt erhofft.



Abb.: Glyptothek München

Den „Barberinischen Faun" – bis heute eine der Hauptattraktionen in der Münchner Glypothek – erwarb Kronprinz Ludwig im Jahr 1813.

Literatur

M. Baumeister, H. Glaser, H. Putz (Hg.), König Ludwig I. von Bayern und Johann Martin von Wagner. Der Briefwechsel. Teil I und II, 5 Bde., München 2017 und 2022.

M. Baumeister, F. Kramer, H. Putz (Hg.), König Ludwig I. von Bayern und Johann Martin von Wagner. Der Briefwechsel. Teil III, 4 Bde., München 2025.

Die vollständige Edition finden Sie online unter: luwa.dhi-roma.it

Briefwerk kann die von Spindler einst formulierten Erwartungen in vollem Umfang erfüllen.

Mathias Hofter nahm über die gesamte Laufzeit des Projekts hinweg die zentrale Position im Team der Bearbeiter und Bearbeiterinnen ein. Johanna Selch stieß ebenfalls früh zum Team und schloss im Lauf ihrer Tätigkeit ihre Promotion ab. Viele weitere Mitarbeitende, wie Friedegund Freitag und Jörg Zedler, die am Beginn des Vorhabens entscheidend für das Gelingen waren, sowie Marie-Kristin Reischl und Elena Mühlbauer waren dagegen nur jeweils für eine gewisse Zeit im Projekt beschäftigt. Sie alle haben mit den Herausgebern ausgesprochen vertrauensvoll zusammengearbeitet, sich mit allen Kräften für das Gelingen des Projekts eingesetzt sowie Geduld und Nervenstärke bewiesen, wenn dringliche Finanzierungsfragen manchmal nur kurzfristig geklärt werden konnten.

Ohne Geldgeber, die nicht müde wurden, den Anträgen der Herausgeber zu vertrauen, ohne Archive, Bibliotheken, Museen, universitäre Einrichtungen, die die Mitarbeitenden und Herausgeber gleichermaßen maßgeblich unterstützt haben, und schließlich ohne ein Team, das sich mit ganzer Kraft für das Projekt eingesetzt hat, wäre es für die Herausgeber, die ihrerseits einen langen Atem auch in schwierigen Zeiten beweisen mussten, nicht möglich gewesen, dieses Drittmittelprojekt erfolgreich abzuschließen. Den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern und allen, die zum Gelingen der Edition beigetragen haben, sei an dieser Stelle von Herzen Dank gesagt.

Prof. Dr. Martin Baumeister
war von 2003 bis 2016 Inhaber des Lehrstuhls für europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der LMU München. Von 2012 bis 2024 leitete er das Deutsche Historische Institut in Rom.

Prof. Dr. Ferdinand Kramer
ist Lehrstuhlinhaber für Bayerische Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Neuzeit an der LMU München und Vorsitzender der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Prof. Dr. Hannelore Putz
leitet das Archiv des Bistums Passau und ist apl. Professorin für Bayerische Landesgeschichte und europäische Regionalgeschichte an der Universität Passau. Sie koordinierte zudem in den Jahren 2001 bis 2011 das von Hubert Glaser geleitete Editionsprojekt „Briefwechsel zwischen König Ludwig I. von Bayern und Leo von Klenze".

Neu an der Akademie

Anabel Harisch,
Verwaltung, am 1. Juni 2026.
Henrike Kirsten Höllein-Krause,
Verwaltung, am 1. Juni 2026.
Joel Mascarenhas, Simone Tortorella und **Lukas Vetter,**
Walther-Meißner-Institut,
am 1. Juni 2026.
Moritz Schlenker,
Bayerische Landesgeschichte,
am 1. Juni 2026.
Aylin Ulucam,
Schelling-Forum, am 1. Juni 2026.
Alexandra Nemmaier,
Walther-Meißner-Institut,
am 15. Juni 2026.
Benjamin Paul,
Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation,
am 15. Juli 2026.
Ajmal Ubaid,
Walther-Meißner-Institut,
am 15. Juli 2026.
Johannes Schuckert,
Walther-Meißner-Institut,
am 1. August 2026.
Dr. Matthias Bischel,
Bayerische Landesgeschichte,
am 1. September 2026.
Elvina Kurtaliieva,
Bayerische KI-Agentur,
am 1. September 2026.
Dr. Philipp Lutscher,
Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation,
am 1. September 2026.
Dr. Annika Kreikenbohm, Daniela Richter und **Mayla-Joy Wind,**
AHA – The Science Communication Hub, am 15. September 2026.
Anne Harder, Verwaltung,
am 1. Oktober 2026.
Steffen Recks und **Johannes Reisinger,**
Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation,
am 1. Oktober 2026.
Ivan Solomakhin,
Walther-Meißner-Institut,
am 1. Oktober 2026.
Teresa Carmen Sophie Heinz,
Bayerische KI-Agentur,
am 15. Oktober 2026.

Orden, Preise und Ehrungen

Prof. Dr. Regine Kahmann,
Genetik, korrespond. Mitglied (2001), Ehrung mit der Cothenius-Medaille.
Prof. Dr. Dieter Kranzlmüller,
Leiter des Leibniz-Rechenzentrums, außerordentl. Mitglied (2020), und
Prof. Dr. Andreas Wirsching,
Neuere und Neueste Geschichte, ordentl. Mitglied (2012),
Auszeichnung mit dem PRO MERITIS SCIENTIAE ET LITTERARUM.
Prof. Dr. Ferenc Krausz,
Experimental- und Laserphysik, ordentl. Mitglied (2025),
Aufnahme in die American National Academy of Sciences.
Prof. Dr. Kilian Schober,
Mikrobiologie und Immunologie, Junges Kolleg (2022), Ehrung mit dem Georges-Köhler-Preis.
Prof. Dr. Anette-Gabriele Ziegler,
Diabetesforschung, ord. Mitglied (2022), Verleihung des Claude Bernard Prize.

Zuwahlen

Dr. Charlotte Wendland, M. Jur. (Oxford), Bürgerliches Recht, Int. Privatrecht und Rechtsvergleichung, Junges Kolleg (2025), Wahl zur Sprecherin des Jungen Kollegs und
Jun. Prof. Dr. Maik Luu,
Translationale Medizin, Junges Kolleg (2025), Wahl zum zweiten Sprecher des Jungen Kollegs.
Prof. Dr. Christian Walter,
Völkerrecht und Öffentliches Recht, ordentl. Mitglied (2019), Wahl zum Vizepräsidenten der DFG.

Verstorben

Prof. Dr. Hans Maier,
Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie, ordentl. Mitglied (2004), am 8. Juni 2026.
Prof. Dr. Malcolm Burrows,
Neurobiologie, korrespond. Mitglied (1996), am 14. Juni 2026.
Prof. Dr. Rolf Emmermann,
Mineralogie und Petrologie, korrespond. Mitglied (1991),
am 10. Juli 2026.
Prof. Dr. Wolfgang Haber,
Landschaftsökologie, Mitglied im Forum Ökologie (1987),
am 13. August 2026.
Prof. Dr. Wolf-Dieter Stempel,
Romanische Philologie (1988), ordentl. Mitglied, am 2. September 2026.

ZukunftsWissen-Preis für Charlotte Wendland

Charlotte Wendland,
Akademische Rätin auf Zeit und Habilitandin an der Ludwig-Maximilians-Universität München, hat den mit 50.000 Euro dotierten ZukunftsWissen-Preis 2026 der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und der Commerzbank-Stiftung erhalten. In ihrer Forschung untersucht sie das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Schutz im Privatrecht. Dabei geht es um die Herausforderungen grenzüberschreitender Lebensverhältnisse und des gesellschaftlichen Wandels – etwa bei Eheschließung, Testament oder Vaterschaftsanerkennung. Die Rechtswissenschaftlerin ist Mitglied und Sprecherin des Jungen Kolleg der BAdW, die ihr Forschungsprojekt „Warum Ehe? Regelungsbedarf und Regelungspotential von Paar- und Nähebeziehungen“ fördert.



Charlotte Wendland (li.) mit dem ZukunftsWissen-Preis und Regine Kahmann mit der Cothenius-Medaille der Leopoldina.

Foto: Markus Scholz/Leopoldina

Zusammenstellung: sie/mo



Georges-Köhler-Preis für Kilian Schober

Kilian Schober, Heisenberg-Professor für T-Zell-Immunologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, erhält den Georges-Köhler-Preis der Deutschen Gesellschaft für Immunologie für seine grundlegende Forschung zur Vielfalt von T-Zellen und T-Zellrezeptoren. Er forscht am Mikrobiologischen Institut des Universitätsklinikums Erlangen. Der mit 3.000 Euro dotierte Preis würdigt herausragende Beiträge zum Verständnis des Immunsystems. Als Mitglied im Jungen Kolleg widmet er sich in seinem Forschungsvorhaben der Frage, welche T-Zellen der Körper für eine Immunantwort auswählt.

DGPs ehrt Dieter Frey für sein Lebenswerk

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) ehrt den Sozialpsychologen **Dieter Frey** für sein Lebenswerk. Die DGPs betonte: „Mit seinen Forschungsarbeiten zu Motivation, Kreativität, Entscheidungs- und Gruppenprozessen sowie zu Zivilcourage, Fairness und ethikorientierter Führung hat er zentrale Beiträge zum Verständnis menschlichen Erlebens und Handelns geleistet.“ Frey, der bis 2020 den Lehrstuhl für Sozialpsychologie an der LMU München innehatte und seit 1995 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ist, veröffentlichte rund 600 wissenschaftliche Arbeiten und betreute über 100 Promotionen.

Jean-Delay-Preis 2026 für Peter Falkai

Die World Psychiatric Association (WPA) zeichnet BAdW-Mitglied **Peter Falkai** mit dem Jean-Delay-Preis aus. Die bedeutendste Auszeichnung im Bereich der Psychiatrie wird alle drei Jahre auf dem WPA-Weltkongress verliehen.

In ihrer Begründung nennt die WPA Peter Falkai einen „äußerst würdigen Preisträger und einen der weltweit führenden Forscher auf dem Gebiet der Psychiatrie". Seit mehr als 30 Jahren präge er das Verständnis und die Behandlung psychotischer Störungen, insbesondere der Schizophrenie. Beeindruckend sei vor allem, wie Falkai biologische Grundlagenforschung – etwa zu myelinbezogenen Mechanismen und kognitiven Dysfunktionen – mit klinischer Praxis verbinde: So belegen seine Studien, dass körperliche Bewegung die kognitiven Funktionen bei Schizophrenie verbessert.

Falkai hat mehr als 1.400 wissenschaftliche Publikationen vorgelegt, an internationalen Behandlungsleitlinien mitgewirkt und zählt zu den meistzitierten Forschern seines Fachgebiets. Er ist Ärztlicher Leiter der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des LMU Klinikums sowie des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie. Er war in vielen internationalen Leitungspositionen tätig, etwa als Präsident der World Federation of Societies of Biological Psychiatry und zuvor als Präsident der European Psychiatric Association.



Peter Falkai forscht zu den neurobiologischen Grundlagen psychotischer Störungen.

Fotos: Uwe Dettmer; LMU Klinikum

11.26 – 02.27

November

Donnerstag, 26. November 2026
Die Rhythmen der Welt
Galerierundgang und Gespräch mit der Künstlerin Ursula Jüngst und Prof. Dr. Damian Dombrowski (Würzburg); eine Veranstaltung des Schelling-Forums der BAdW

Martin von Wagner Museum
Residenzplatz 2A
97070 Würzburg
18.00 Uhr
Anmeldung: schelling-forum.badw.de

Montag, 30. November bis Dienstag, 1. Dezember 2026
2nd Bavarian Conference on AI in Medicine
Fachtagung u. a. mit Keynotes von Dr. Joëlle Barral (Google DeepMind), Prof. Dr. Moritz Gerstung (Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg) und Prof. Dr. Julia Vogt (ETH Zürich)

Plenarsaal
30.11.26 ab 15.00 Uhr,
1.12.26 ganztägig
Anmeldung: badw.de

Dezember

Samstag, 5. Dezember 2026
Öffentliche Jahressitzung der BAdW
Mit Vortrag von Prof. Dr. Peter Falkai (LMU Klinikum/BAdW) zum Thema „Gesellschaft und Psyche: Eine schwierige Beziehung, oder?“

Herkulessaal der Residenz
Residenzstraße 1, 80539 München
11.00 Uhr
Nur mit Einladung

Mittwoch, 9. Dezember 2026
Zwischen Glamour und Abgrund – Fotogedichte aus der Weimarer Republik
Mit Prof. Dr. Stephanie Catani (Würzburg) sowie Autor und Poetry Slammer Yannik Ambrusits; eine Veranstaltung in Kooperation mit der Forschungsstelle Fotolyrik an der Universität Würzburg

Schelling-Forum der BAdW,
Klinikstraße 3, 97070 Würzburg
18.00 Uhr
Anmeldung: schelling-forum.badw.de

Januar

Donnerstag, 21. Januar 2027
Ist die Säkularisierung unaufhaltsam? Zur Bedeutung von Religion in der Gesellschaft
Vortrag von Prof. Dr. Hans Joas (Humboldt-Universität zu Berlin) im Rahmen der viermal jährlich stattfindenden Max-Weber-Lectures „Unsere entzauberte Gegenwart“; in Kooperation mit der VHS München

Plenarsaal
19.00 Uhr
Anmeldung: badw.de

Donnerstag, 28. Januar 2027
18K IN BETWEEN
Wie lässt sich Wissenschaft anders sehen, erfahren und verstehen?
Öffentliche Ausstellung zwischen Wissenschaft und Kunst; in Kooperation mit der LMU München und dem Akademieverein der AdBK München

Bibliothek
10.00 – 17.00 Uhr
ohne Anmeldung

Februar

Dienstag, 23. Februar 2027
19. MVHS-Quiznacht
zu Gast in der BAdW; eine Kooperation mit der VHS München

Plenarsaal
19.30 Uhr
Anmeldung: badw.de

Neu in der Mediathek

Wozu Regeln? Zwischen Orientierung, Freiheit und Zumutung
Podcast • 7.7.2026
Dr. Sibylle Anderl, Leiterin des Ressorts Wissen der ZEIT, und der Journalist Andreas Bönte sprechen mit Prof. Dr. Lorraine Daston (Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte), Prof. Dr. Daniel Haun (Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie) und Dr. Charlotte Wendland (LMU München/BAdW) über die Macht von Regeln.

Hightech-Preis-Gewinnerin Daniela Rus im Portrait (Englisch)
Video • 23.7.2026
Der Kurzfilm stellt die Arbeit von Daniela Rus, Direktorin des Computer Science and Artificial Intelligence Laboratory am Massachusetts Institute of Technology (MIT), vor. Sie wurde am 23. Juli von der BAdW für ihre bahnbrechenden Beiträge zur Robotik und Autonomen Systemtechnik ausgezeichnet.

„Made in Germany“. Wie zukunftsfest ist die deutsche Wirtschaft?
Podcast • 24.9.2026
Die Journalistin Christina Metallinos (BR) spricht mit Prof. Dr. Monika Schnitzer (LMU München/BAdW), Wirtschaftswissenschaftlerin und Vorsitzende der „Wirtschaftsweisen“, über die Herausforderungen und Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Im nächsten Heft: Wohin mit dem CO_2?

Möglichkeiten und Hürden



Impressum

HERAUSGEBER
Prof. Dr. Markus Schwaiger
Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAdW)

REDAKTION
Dr. Ellen Latzin (el; verantwortlich)
Monique Opetz (mo; leitende Redakteurin)
Gabriele Sieber (sie; Bildredaktion)
Lea Wendt (Praktikantin)

VERLAG UND ANSCHRIFT
Bayerische Akademie der Wissenschaften
Alfons-Goppel-Str. 11, 80539 München
Tel. 089/23031-1141, badw.de
presse@badw.de, ISSN 1436-753X

ART DIRECTION
Studio Umlaut, studio-umlaut.com

GRAFIK
Daniela Wiesemann, danielawiesemann.de

BILDBEARBEITUNG
Reproline mediateam

DRUCK
Pinsker Druck und Medien GmbH
Pinskerstr. 1, 84048 Mainburg

PAPIER
Gardamatt eleven weiß 200 gr/m², Innenseiten: Juwel Offset weiß 120 gr/m²

„AKADEMIE AKTUELL“
erscheint 3 x jährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag der Freunde der BAdW enthalten.

Die Texte dürfen nur mit Genehmigung der BAdW reproduziert werden. Die Wiedergabe der Abbildungen ist mit den Inhabern der Bildrechte abzuklären. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder.
Das E-Paper der Zeitschrift finden Sie unter badw.de.

ZEITSCHRIFT ABONNIEREN
badw.de/publikationen/zeitschrift-akademie-aktuell

Fotos: istock/sasatvetkovic33; Collection of the New-York Historical Society

BAdW

Ist die Säkularisierung unaufhaltsam?

Zur Bedeutung von Religion in der Gesellschaft. Vortrag der Max-Weber-Lectures 2027 mit Hans Joas

Welche Rolle spielt Religion heute – in Europa, in den USA und weltweit? Und wie sind ihre Zukunftschancen einzuschätzen? Gemeinsam mit dem Soziologen Hans Joas, der in seinem Werk das Verhältnis von Gesellschaft und Religion in den unterschiedlichsten Hinsichten auslotet, wollen wir diese Fragen diskutieren.

In den viermal jährlich stattfindenden Max-Weber-Lectures wollen die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die Münchner Volkshochschule die gegenwärtigen Umbrüche ausgehend von Max Webers Analyse moderner Gesellschaften rational begreifen. Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen geben Impulse, unsere Gegenwart in ihrer Vielschichtigkeit zu verstehen.



Was?
„Ist die Säkularisierung unaufhaltsam?“ Vortrag von Prof. Dr. Hans Joas (Humboldt-Universität zu Berlin)

Wann?
21. Januar 2027, 19.00 Uhr

Wo?
BAdW, Plenarsaal, 1. Stock

Wie anmelden?
badw.de/veranstaltungen

Städtisches Leben um 1900: Straßenbahn und Pferdewagen prägten das Bild der Städte an der Schwelle zur Moderne.



Ein seltener Fund

Die Germanistin **Nicola Zotz** über ihre Leidenschaft für eine 600 Jahre alte Handschrift.

Foto **Myrzik und Jarisch**

Nicola Zotz sucht nach Gebrauchsspuren, Kritzeleien oder Initialen, die mehr über die Geschichte der Handschrift verraten.

Nicola Zotz' Lieblingsstück ist ziemlich schmutzig – das sagt die Wissenschaftlerin selbst über ihre liebste Handschrift. Keineswegs abwertend gemeint: Der Schmutz zeigt, dass viele Hände das kleine Heft durchgeblättert und benutzt haben. Zotz erforscht im Projekt „Katalog der deutschsprachigen illustrierten Handschriften des Mittelalters" der BAdW, wie Texte und Bilder zusammenspielen. Zwischen 1415 und 1425 schrieb ein Unbekannter Schondochs Erzählung „Die Königin von Frankreich" in ein dünnes Heft aus acht Pergamentblättern – eingebunden zwischen feste Buchdeckel wurde es nie. In leuchtenden Farben erzählen acht Illustrationen die Geschichte über Verleumdung, Beständigkeit und Gerechtigkeit so klar, dass man ihr auch ohne Text folgen kann.

Es muss früher viele solcher losen Hefte gegeben haben – die meisten sind jedoch inzwischen verloren. „Solche volatilen Objekte rutschen in Bibliotheken nach hinten, fallen zu Boden oder werden weggeworfen", erzählt Zotz. Umso mehr ist das Original, das heute in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien liegt, „ein seltener Glücksfall". Denn „dieses Heftchen verändert unser Verständnis davon, wie man im Mittelalter Bücher herstellte."

Protokoll: Lea Wendt